

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
H. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Sonntags vor- u. nachmittags
Jahrespreis: 1.50 M. für die einpoltrige Kolonialscheide oder deren Raum. — für die Aus-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage angegeben werden.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 36 M. Wg., in den Ausgabestellen: 36 M. Wg., durch die Träger
ins Haus gebracht: 36 M. Wg. — für eine Bezugszeit von 3 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch auf Lieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Orts-Anzeigen 20 M. Wg., auswärts: Anzeigen 30 M. Wg., örtl. Reklamen 30 M. Wg.,
auswärts: Reklamen 30 M. Wg. 1.50 für die einpoltrige Kolonialscheide oder deren Raum. — für die Aus-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage angegeben werden.

Telegraphische Adressen: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Postkassen: Frankfurt a. M. Nr. 705.

Nr. 206.

Samstag, 8. August 1931.

70. Jahrgang.

Vor dem Volksentscheid.

Preußen und das Ausland. — Abänderung der Pressenotverordnung.
Die Haltung des Reichspräsidenten.

Der römische Besuch.

as. Berlin, 8. Aug. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Das Wochenende steht diesmal außer-
politisch im Zeichen des römischen Besuches, innen-
politisch im Zeichen des Volksentscheides. Die Ber-
liner Blätter widmen dieser letzteren Frage den weit-
aus größeren Raum, ohne daß freilich auf der einen
oder anderen Seite noch neue Argumente ins Feld ge-
führt würden. Beachtenswert erscheint aber ein Ar-
tikel des Zentrumsorgans, der „Germania“. Die
„Germania“ nimmt selbstverständlich gegen den Volks-
entscheid Stellung. Sie wendet sich zugleich aber auch
sehr nachdrücklich gegen den Mißbrauch ausländi-
scher Pressestimmen. Namentlich französische Blätter
hätten die Dinge so dargestellt, als gehe es bei
dem preußischen Volksentscheid um eine Umwäl-
zung der ganzen staatlichen Verhältnisse.

Die Machtmittel des Staates seien jedoch stark genug,
um derartiges zu verhindern. Man müsse also der
französischen Presse deutlich sagen, daß ihr Beginnen
eine verkehrte Spekulation sei und daß die Gestaltung
der innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands eine An-
gelegenheit sei, über die wir selbst am besten zu befin-
den hätten. Weiter aber sei es in Deutschland leider
ein üblicher Brauch geworden, mit Hilfe ausländischer
Pressestimmen einen innerdeutschen Kampf zu führen.
Daher müßten wir uns endlich freimachen, weil es
etwas entwürdigendes habe. Diese Mahnung scheint
gegenüber gewissen Berliner Blättern durchaus ange-
bracht.

Die Anwendung der Pressenotverordnung durch die
preußische Regierung wird nunmehr allgemein
mißbilligt und nur der sozialdemokratische „Vorwärts“
erklärt sich mit der Maßnahme der Regierung Braun
eindeutigen.

Das Presseecho dürfte die preußische Regierung
wohl belehren haben, daß sie sehr ungeschickt vorge-
gangen ist.

Wenn es auch nicht so ist, wie der nationalsozialistische
„Angriff“ behauptet, daß nämlich zwei Millionen
neuer Stimmen für den Volksentscheid durch die Maß-
nahmen der Regierung Brüning gewonnen wurden, so

hat doch die preußische Regierung selbst ihrer eigenen
Sache nicht genügt. Im übrigen aber wird einem
Mißbrauch der Pressenotverordnung ein Riegel vorge-
schoben werden. Wie aus einer amtlichen Meldung
hervorgeht, hat der Reichspräsident eine Abänderung
der Pressenotverordnung gewünscht. Aber diese Ab-
änderung wird heute mit den zuständigen Presse-
organen verhandelt werden. Bald nach der Rückkehr
des Kanzlers dürfte eine Abänderung verfügt werden.

Es ist anzunehmen, daß vor allem der Einfluß der
Reichsregierung bei der Anwendung der Notver-
ordnung gestärkt wird, so daß also die Landes-
regierungen nicht mehr wie im Falle der preußischen
Kundgebung ohne weiteres der Presse eine Ver-
öffentlichung aufzwingen kann.

An unterrichteter Stelle wird aber betont, daß eine
vollständige Aufhebung der Pressenotverordnung noch
nicht in Frage kommen könne. Was schließlich die Hal-
tung des Reichspräsidenten selbst zum Volksentscheid
anbelangt, so glaubt die „Vossische Zeitung“, die gestern
schon wiedergegebene Information bestätigen zu
können, daß der Reichspräsident am Volksentscheid nicht
teilnehmen würde. Das Blatt fügt hinzu: „Diese
Stellungnahme ergibt sich von selbst aus der Auf-
fassung, die der Reichspräsident von seinem Amt hat,
die es ihm verbietet, in einem solchen Parteistreit nach
der einen oder anderen Richtung Stellung zu nehmen.
Der Reichspräsident erfüllt nur die Neutralitätspflicht
seines Amtes, wenn er sich nicht am Volksentscheid be-
teiligt. Man sollte diese Neutralität respektieren ohne
ihm eine parteipolitische Stellungnahme mit diesem
Entschluß zu unterstellen.“ Mit all diesen Dingen ist,
wie gesagt, die Berliner Presse heute stark beschäftigt,
so daß die Meldungen über die gestern in Rom gewech-
selten freundschaftlichen Trinksprüche meist kommentar-
los wiedergegeben werden. Das ist zum Teil aller-
dings auch darauf zurückzuführen,

daß über die eigentlichen politischen Besprechungen
in Rom Einzelheiten noch nicht vorliegen.

Die Besprechungen werden heute fortgesetzt und heute
abend erfolgt dann die Abreise der deutschen Minister
aus der italienischen Hauptstadt, so daß Dr. Brüning
und Dr. Curtius programmgemäß Montagfrüh
wieder in Berlin sein werden.

Frankreichs „Sicherheit“.

Ein weltgeschichtlicher Irrtum.

Von Oberst a. D. Dr. h. c. Bernhard Schwertfeger.

Irrtümer wieder auszurufen, wenn sie einmal
feste Gestalt angenommen haben, wenn sie etwa schon
in den geistigen Besitz einer ganzen Nation als un-
widerrufliche Ergebnisse eingeordnet sind, mag vielen als
ein aussichtsloses Bemühen erscheinen. Dennoch! Wenn
man die französische Stimmung seit dem Hervortreten
Hoovers aufmerksam verfolgt, kann man sich der Er-
kenntnis nicht verschließen, daß gewisse Dinge nochmals
gefragt werden müssen, von denen man vielleicht an-
nahm, daß sie nirgendwo mehr irgend einem Wider-
stande begegnen könnten.

Frankreich fühlt sich in doppeltem Sinne bedroht.
Die von den Vereinigten Staaten ausgehenden Vor-
schläge zur finanziellen Hilfe für Deutschland erscheinen
ihm als ein Versuch der Ausplünderung, die nur den
ersten Schritt bilden sollte für die von Frankreichs
Standpunkte aus noch gefährlichere Entwertung. In
diesem Sinne äußert sich ein Leitartikel des „Figaro“
der, soweit die Beurteilung der französischen Abrüstung
in Frage kommt, die allgemeine Auffassung des fran-
zösischen Publikums zutreffend wiedergeben dürfte.

Wie steht es mit der Berechnung der französischen
Besorgnisse vor einem neuen deutschen Angriff? Nur
vereinzelt bringen in der letzten Zeit französische
Stimmen zu uns, die deutlich an die Vorgänge von
1914 erinnern. Man vermeidet es in Frankreich, von
diesen Erinnerungen ausdrücklich zu sprechen, drun-
gerade die Tatsache eines deutschen Überfalls auf Frank-
reich soll ja als längst geschichtlich feststehende Tatsache,
als „cause jugée“ gelten. Würde man sich aufs neue
ausdrücklich darauf beziehen, so geriete man ja in die
Gefahr, einer etwaigen Wiederaufnahme der Schuld-
frage die Bahn zu ebnen, was unter allen Umständen
vermieden werden soll. Also spricht man nicht von den
Vorgängen von 1914, sondern ganz allgemein von der
französischen Sicherheit, die angesichts gewisser bedroh-
licher Erscheinungen in Deutschland nicht mehr gewahr-
leistet sei. So brachte „L'ami du peuple“ kürzlich eine
Karikatur der drei verhandelnden Mächte, England,
Frankreich und Deutschland, wobei Deutschland durch
einen höchst abstoßenden Typ mit stahlhartem Kopf-
bedeckung dargestellt war. In gleicher Nummer wurde eine
Erklärung des Senators Lemerle aus dem „Figaro“
abgedruckt, der auf die schweren Gefahren hinwies,
Deutschland Geld zu geben, das in das geheime Budget
der Reichswehr verschwinden würde.

Immer ist es die französische Furcht vor einem
neuen deutschen Überfall nach dem Vorgange von 1914.
Hier liegt ein außerordentlich gefährlicher Fall des
Mißbrauches eines geschichtlichen Beispiels vor. Wenn
es wirklich so wäre, wie man es in Frankreich in allzu
bequemer Vereinfachung des so verwickelten Kriegs-
schuldproblems den Menschen vorredet, daß Deutschland
1914 einen Anlaß zum Kriege mit Frankreich gesucht
und ihn in der österreichisch-serbischen Auseinander-
setzung gefunden hätte, dann könnte man das fran-
zösische Sicherheitsbedürfnis allenfalls verstehen. Aber
man muß doch endlich einmal auch in Frankreich, dem
so oft gepriesenen Lande der reinen Intelligenz, be-
greifen, daß die Dinge ganz und gar anders gelegen
haben. Wenn Frankreich 1914 in den Krieg hineinge-
zogen worden ist, so geschah das doch in keiner Weise
deshalb, weil Deutschland mit Frankreich eine Abrech-
nung suchte, sondern lediglich in Auswirkung des euro-
päischen Bündnisystems, das Europa in zwei gewalt-
tätige Mächtegruppen einander feindlich gegenüberstellte.
Deutschland hatte an sich genau so wenig Veranlassung
zum Kriege wie Frankreich; es hatte von einem Kriege
nichts zu hoffen, alles zu fürchten, aber es war durch den
Gang der politischen Ereignisse in den letzten Jahren
vor dem Weltkriege mehr noch als früher schicksalhaft
mit den Problemen der österreichisch-ungarischen
Monarchie verbunden, und seine maßgebenden Staats-
männer hielten bis zuletzt die Hoffnung fest, daß es
nicht zum Kriege kommen würde. Nur der russischen
Gesamtobilisation blieb es vorbehalten, den überall
lagernden Zündstoff in Brand zu setzen und den Mecha-
nismus des europäischen Bündnisystems mit seinen
wechselseitigen militärischen Abmachungen und Ver-
pflichtungen auszulösen. Hätte diese politische und
militärische Bindung der Großmächte aneinander nicht
bestanden, niemals wäre es im Sommer 1914 zu einem
deutsch-französischen Kriege gekommen, zu dem an sich
nicht der geringste Anlaß vorlag. Beide Mächte, Deutsch-
land und Frankreich, bildeten bei der Entstehung des
Weltkrieges lediglich die Sekundanten ihrer am Bal-
kan in vorderster Linie interessierten Verbündeten,
Österreich-Ungarn und Rußland. Um eines Balkan-
gegenjages willen, lediglich aus Rindstreu, nahm

Der Gegenbesuch Laval's und Briand's in Berlin.

Sehr bald nach dem Volksentscheid.

Paris, 8. Aug. (Drahtmeldung unserer Pariser Ver-
treter.) „Paris Soir“ glaubt zu wissen, daß der Gegen-
besuch des Ministerpräsidenten Laval und des Außen-
ministers Briand in Deutschland sehr bald erfolgen
werde, falls die Volksabstimmung in Preußen am kommen-
den Sonntag erfolglos bleibe. Der Ministerpräsident bemühe
sich, die deutsch-französische Annäherung zu beschleunigen und
die durch die Verwerfung des Volksbegehrens geschaffene
Entspannung zu beseitigen, um von neuem den Willen Frank-
reichs zu versichern, mit allen Ländern an der wirtschaft-
lichen Wiederaufrichtung der Welt mitzuwirken. Minister-
präsident Laval und Außenminister Briand würden
wahrscheinlich auf ihrer Deutschlandreise vom Unterstaats-
sekretär François-Poncet begleitet werden, dessen Er-
nennung zum französischen Botschafter in Berlin erst nach die-
ser Reise bekanntgegeben werde.

Schurman zur Reparationsfrage.

Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse.

New York, 7. Aug. Der frühere Botschafter Schur-
man, der mit dem Lloyd-Dampfer „Europa“ aus
Deutschland zurückgekehrt ist, erklärte, die Welt
habe nur noch 10 Monate zur Durchführung der Maß-
nahmen, die den Zusammenbruch Deutschlands ver-
hindern könnten, der im Interesse keiner Nation läge.
Schurman sprach die Überzeugung aus, daß die Re-
parationen nie mehr auf der alten Grundlage zu
leisten sein würden, sondern den wirtschaftlichen Ver-
hältnissen, vor allem der deutschen Zahlungsfähigkeit
angepaßt werden müßten. Diese Anpassung liege eben-
so sehr im Interesse anderer Nationen, wie im In-
teresse Deutschlands. Deutschland könne jedoch Re-
parationen nur dann zahlen, wenn die Zollsätze
anderer Länder zu seinen Gunsten soweit her-
abgesetzt würden, daß Deutschland einen Ausfuhrüber-
schuß erzielen könne. Botschafter Schurman betonte
schließlich den engen Zusammenhang zwischen Re-
parationen, Kriegsschulden und Abrüstung.

Die Ausreisegebühr.

Verhinderung von Mißbräuchen.

Berlin, 8. Aug. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:
Bekanntlich wird für Reisen in das Saargebiet die
Gebühr von 100 Mark nicht erhoben. Dagegen unterliegen
Reisen über das Saargebiet in das Ausland der Ausreise-
gebühr. Wer über das Saargebiet in das Ausland fährt, ohne
die Ausreisegebühr von 100 Mark zu entrichten, wird, wenn
dies bei der Einreise zur Kenntnis der Behörden gelangt,
mit einer Geldstrafe von nicht unter 100 Mark oder mit Ge-
fängnis bestraft.

Der Reichsfinanzminister hat für Teilnehmer an
Tagungen, Kongressen und Veranstaltungen reichsdeutscher
Organisationen, die in Danzig stattfinden, gebührenfreien
Grenzübertritt nach Danzig gewährt. Eines Vermerks in
dem Pass bedarf es nicht. Es genügt, wenn an der Grenze
als Zweck des Übertritts die Teilnahme an einer derartigen
Tagung angegeben wird. Ferner sind Fabrikanten nach Ost-
preußen über Danzig, auch wenn in Danzig Aufenthalt ge-
nommen wird, der Gebühr für Auslandsreisen nicht unter-
worfen.

Teilweise sind Vereine, deren Zweck auf die Pflege
des Wandersports in den deutschen Grenzgebirgen und denen
des benachbarten Landes gerichtet ist, und deren Mitglieder
von der Ausreisegebühr befreit sind, dazu übergegangen, Mit-
glieder nur zum Zwecke der Ermöglichung des gebührenfreien
Grenzübertritts und sogar nur gegen Monatsmitgliedschaft
aufzunehmen. Um derartigen Mißbräuchen vorzu-
beugen, hat der Reichsfinanzminister den gebührenfreien
Grenzübertritt davon abhängig gemacht, daß die Mit-
gliedschaft mindestens auf ein volles Jahr
erworben worden ist. Dabei wird noch darauf hinge-
wiesen, daß der Grenzübertritt nur in das jeweils benach-
barte Land gebührenfrei erfolgen kann. Danach können z. B.
Mitglieder des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins nur in
die Alpen fahren, Mitglieder des Riesengebirgsvereins nur
im Riesengebirge die Grenze gebührenfrei überschreiten. Mit-
glieder des Vereins der Naturfreunde können ebenfalls nur
zum Zwecke der Ausreise in eines der angrenzenden Gebirge
(Bayerisch-Böhmischer Wald, Erz-, Riesengebirge usw.) die
Grenze gebührenfrei überschreiten. Eine Weiterreise aus
dem Grenzland in ein drittes Land ist unzulässig. Das
gilt auch für eine Grenzüberbreitung zwecks Ausreise,
z. B. nach Holland, Norwegen usw.

Deutschland den schwersten Kampf seiner Geschichte auf sich. Dieser Kampf aber, das wußten alle militärischen Sachverständigen von ganz Europa, konnte deutscherseits kaum anders geführt werden als durch ein sofortiges Vorgehen gegen Frankreich, wodurch allein dem deutschen Heere ein baldiger Erfolg winkte. Die weitere Entwicklung der Dinge führte jedoch dazu, daß die deutschen Heere viereinhalb Jahre hindurch auf französischem Boden standen, daß eine Zerstörungzone vom Kanal bis an die Schweizer Grenze entstand, daß man in der französischen Hauptstadt Jahre hindurch und bis in die letzten Tage des Ringens hinein das Grollen der Geschütze vernahmen und mit deutscher Beschließung und Luftangriffen rechnen mußte. Anfangs, das bestätigen unzählige deutsche Kriegsteilnehmer, gab es kaum einen deutschen Haß gegen Frankreich, denn nur allzu deutlich erkannte man, daß Frankreich ebenso wie Deutschland auch nur in Auswirkung seines Bündnisystems in den Krieg hineingezogen worden war, daß die einzelnen Kämpfer nur ihre vaterländische Pflicht erfüllten.

Ganz anders liegt es bei unseren westlichen Nachbarn. Man zieht in Frankreich ganz allgemein aus den Vorgängen von 1914 die falsche Schlussfolgerung, daß es wieder einmal so gehen könne wie damals, wo Deutschland sich ohne jeden unmittelbaren Anlaß aus reiner Lust am Kriege und zum Zwecke der Erringung der Weltherrschaft auf Frankreich gestürzt habe. Im Interesse Europas und der ganzen Welt ist es erforderlich, daß diesem weltgeschichtlichen Irrtum mit allen Mitteln der Aufklärung entgegengearbeitet wird. Der Weltkrieg entstand als eine Folge des europäischen Bündnisystems und zog Frankreich und Deutschland in seine Wirbel hinein. Heute steht Deutschland völlig isoliert da, und keinerlei Bündnisverpflichtung lastet auf ihm. Deutschland erstrebt nichts, als was ihm rechtens gebührt: Die Möglichkeit des Lebens innerhalb der europäischen Volksgemeinschaft. Aber es hat Anspruch darauf, gleichberechtigt dazustehen unter den Völkern der Erde, denen deutsche Kultur, deutsche Kunst und Wissenschaft im Laufe der Jahrhunderte so unendlich viel gegeben haben. Es verlangt nur sein gutes Recht, wenn es im Anschluß an die gegenwärtige Wirtschaftskrisis und ganz besonders angesichts der französischen Besorgnisse vor einem neuen Überfall auf Revision der Verträge im ganzen dringt. Gerade im Interesse Frankreichs selbst sollte eine solche Revision zur Wirklichkeit werden, denn es ist ein auf die Dauer unerträglich Zustand, wenn die französische Bevölkerung von ihrer beinahe krankhaften Furcht vor einem neuen deutschen Überfall gar nicht wieder loskommen will. Von einem freien Deutschland hat Frankreich nichts zu befürchten. Ungeheuer groß aber wäre seine Verantwortung, wenn es den verzweifeltsten deutschen Menschen allmählich die Überzeugung beibrächte, daß es immer und überall nur Frankreich ist, das einem deutschen Wiederaufstiege hindernd im Wege steht. Ein verflantes, hungerndes Deutschland bildet eine Gefahr für ganz Europa. Das sollte man auch in Frankreich bedenken!

Anhaltende Rückflüsse zur Reichsbank.

Normaler und ruhiger Zahlungsverkehr.

Berlin, 7. Aug. Nach den hier vorliegenden Meldungen ist der Zahlungsverkehr auch heute in allen Teilen des Reiches normal und ruhig verlaufen, und man rechnet damit, daß die Wiedereröffnung der Sparkassen ebenfalls reibungslos vor sich gehen wird. Der Zahlungsverkehr zeigte auch weiterhin Überschüsse; die Rückflüsse von Zahlungsmitteln an die Reichsbank an den beiden ersten Tagen der Wiederingangnahme des normalen Zahlungsverkehrs betragen rund 186 Mill. Mark.

Devisenfreigabe für den Warenverkehr.

Die Reichsregierung erwartet die gebotene Zurückhaltung.

Berlin, 8. Aug. Amstich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat die Devisenbewirtschaftungsstellen angewiesen, bis auf weiteres den Firmen, die eine entsprechende Handelskammerbescheinigung vorweisen können, allgemein die Genehmigung zum Erwerb von Devisen und zur Verwendung dieser Devisen zu erteilen, soweit diese Devisen zur Finanzierung der Ein- und Ausfuhr und des Transithandels von Waren verwendet werden sollen. Die Reichsregierung erwartet aber von Verbraucher, Handel und Banken, daß sie bei der Einfuhr insbesondere von Luxuswaren und Genussmitteln sich die durch die Wirtschaftslage gebotene Zurückhaltung auferlegen.

Izhoe ohne Geld.

Gutscheine für Wohlfahrts- und Rentenempfänger.

Izhoe, 7. Aug. Wie der Izhoeer Magistrat am Freitag mitteilte, steht sich die Stadt wegen Mangels an Zahlungsmitteln gezwungen, an die Wohlfahrts- und Rentenempfänger zunächst Gutscheine auszugeben, welche später von den Geschäftsleuten wieder eingelöst werden können. Die zweite Rate in den Beamten- und Angestelltengehältern muß aus dem gleichen Grunde nochmals geteilt werden und wird statt am 10. am 10. und 15. August ausgezahlt.

Ruhestörungen in Berlin.

Planmäßig organisiertes Vorgehen.

Berlin, 7. Aug. Heute Abend rotteten sich kurz vor Geschäftsschluß in der Berliner City, hauptsächlich in der Friedrichstraße und Leipziger Straße Demonstranten zusammen. Ihr Vorgehen ließ erkennen, daß die Ruhestörungen planmäßig organisiert worden waren. Die Demonstranten stürmten plötzlich aus den Nebengassen, besonders der Friedrichstraße, Schlagen einige Fenster Scheiben ein und versuchten, auch die Schaufensterauslagen zu rauben. Die Polizei hatte kurz vorher von dem Vorhaben aber Kenntnis bekommen und war mit einem größeren Aufgebot in der City erschienen, so daß es ihr in kurzer Zeit gelang, die Ruhe wiederherzustellen.

Die deutschen Minister in Rom.

Ein Diner bei Mussolini.

Freundschaftliche Trinksprüche.

Rom, 7. Aug. Der Chef der italienischen Regierung, Mussolini, gab heute Abend zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius ein Diner, an dem sämtliche hier weilende Mitglieder der italienischen Regierung und andere führende Persönlichkeiten des faschistischen Italiens teilnahmen. Während der Tafel richtete der Chef der italienischen Regierung,

Mussolini,

einen Trinkspruch an die deutschen Gäste, in dem es u. a. heißt:

Die italienische Regierung und das italienische Volk haben mit lebhafter Genugtuung den Besuch der amtlichen Vertreter der deutschen Nation aufgenommen und begrüßen sie als sehr gern gesehene Gäste in diesem Rom, das immer allen Großen teuer war, die in der Welt die deutsche Kunst und den deutschen Gedanken verkörpert, in diesem Rom, wo sich durch die Jahrhunderte hindurch die deutsche und die lateinische Kultur begegneten und sich durchdrangen.

In diesem für Deutschland außerordentlich schweren Augenblick, der aber auch schwer ist für alle anderen Länder der Welt, hat Italien volles Verständnis für die Möglichkeiten, die sich aus dieser Lage ergeben und für die Verpflichtungen, die jedem einzelnen und im Interesse aller obliegen.

Wir sind vor allem überzeugt, daß eine immer regere und freundschaftlichere Zusammenarbeit der Regierung und Völker den besten Weg bedeutet, um endgültig aus den Schwierigkeiten herauszukommen, und um allen eine Ära des Gedeihens und des Wohstandes zu sichern.

Das faschistische Italien hat stets alles getan, um wirksam teilzunehmen an diesem großen gemeinsamen Werk, dessen Ziel es ist, die moralischen und materiellen Übel zu heilen, die der Krieg hinterlassen hat, woran noch alle Völker leiden.

Das italienische Volk, das mit lebhafter Sympathie die großen Leistungen verfolgt hat, die Deutschland auf allen Gebieten menschlicher Arbeit erzielt hat, ist sicher, daß das deutsche Volk seinen Weg mit neuer Kraft weitergehen wird und im vollen Bewußtsein der großen Kräfte, die ihm innewohnen. Dies ist nicht nur ein Wunsch, es ist eine Überzeugung, in der ich bestärkt werde durch die kluge und energische Tätigkeit, die Eure Exzellenz entwickeln, um das deutsche Volk wieder in die günstigsten Verhältnisse zu führen und ihm die Zukunft zu sichern, die es verdient.

Reichskanzler Dr. Brüning

erwiderte darauf u. a.: Wir sind in die ewige Stadt gekommen und machen von Ihrer lebenswürdigen Gastfreundschaft Gebrauch, durchdrungen von dem Gedanken, daß in der Lage, in der sich heute nicht nur einzelne Länder, sondern der größte Teil der Welt befindet,

nichts wichtiger gewesen sei, als der persönliche Kontakt und die offene Aussprache zwischen den Männern, denen die Leitung der Politik ihrer Länder anvertraut ist.

Wir haben es warm begrüßt, daß Sie, Herr Ministerpräsident, unseren Besuch willkommen geheißen haben, und wir sind hoch erfreut, daß es uns trotz der Schwierigkeiten in unserem Lande möglich gewesen ist, Sie jetzt in der Hauptstadt Italiens, Ihres großen und unaufhaltsam emporstrebenden Landes, aufzusuchen.

Die schweren Aufgaben, mit denen die deutsche Regierung ringt, sind Eurer Exzellenz bekannt. Wir haben Vertrauen auf die Kraft, den Arbeitswillen und die Entsagungsfähigkeit unseres Volkes, für die es schon oft genug Beweise gegeben hat. Es bereitet mir

Eine Gegenkundgebung des Stahlhelms.

Vernichtung der Meinungsfreiheit.

Berlin, 7. Aug. Das Bundesamt des Stahlhelms hat gegen die heutige Kundgebung der preussischen Regierung eine Erklärung von am Volksentscheid beteiligten Bünden, Parteien und Organisationen veröffentlicht, in der diese Kundgebung der preussischen Regierung als Vernichtung der Meinungsfreiheit bezeichnet wird. Da, so argumentiert die Erklärung, diese Vernichtung vorgenommen wird, um das Verfassungsmittel der Befragung des Volkes in einer politischen Angelegenheit zu bekämpfen, hätte ein besserer Beweis für die Notwendigkeit des Volksentscheides nicht besser erbracht werden können. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß trotz der „von parteipolitischen Erwägungen diktierten Kundgebung der preussischen Regierung“ von allen Anhängern die Landtagsauflösung gefordert werden wird.

Die Änderung der Presse-Notverordnung.

Fühlungnahme mit den beteiligten Organisationen.

Berlin, 7. Aug. Das Reichskabinett hat sich, wie wir erfahren, bereits in seiner heutigen Besprechung mit dem Wunsch des Reichspräsidenten auf Änderung der Presse-Notverordnung vom 17. Juli d. J. beschäftigt. Es steht fest, daß eine Änderung erfolgen wird, die sich allerdings lediglich auf die Interpretation beziehen wird. Voraussichtlich wird das Kabinett diese Änderung in einer Sitzung am Montag beschließen, wenn Reichskanzler Brüning aus Rom wieder in Berlin eingetroffen sein wird. Inzwischen soll mit den beteiligten Organisationen der Presse usw. Fühlung genommen werden, um eine zweckentsprechende Neuordnung sorgfältig vorzubereiten.

besondere Genugtuung, daß Sie, Herr Ministerpräsident, derselben Überzeugung seien spontanen Ausdruck gegeben haben.

Sie, Herr Ministerpräsident, waren unter den ersten, die die bahnbrechende Bedeutung der Botschaft des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erkannten und mit dem Ihnen eigenen staatsmännischen Weitblick und im Verfolg der Tat umsetzten. Ihr schneller und großer Entschluß hat wesentlich dazu beigetragen, die kritische Lage der Weltwirtschaft hoffnungsvoller zu gestalten. Dafür gebührt Ihnen unser aller Dank.

Im Gedenken an die historische Bedeutung der wechselseitigen kulturellen Beziehungen habe ich die Zuerst, daß sich auch die

wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien zum Segen beider Länder und zur Förderung der allgemeinen internationalen Kooperation auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit fruchtbar weiter entwickeln wird.

In dieser Zuerst bin ich nicht nur durch den freundlichen Empfang, den Sie uns bereitet haben, bestärkt worden, sondern auch durch den zielbewußten Ernst, mit dem Sie, Herr Ministerpräsident, der Zusammenarbeit der Regierungen und der Völker das Wort geredet haben, angesichts der Probleme, deren Lösung wir zum besten unserer Länder und der Welt unsere ganze Kraft widmen.

Während der Tafel waren bei den Trinksprüchen von dem Orchester das Deutschlandlied beziehungsweise die italienische Nationalhymne gespielt worden.

Die Verhandlungen des Tages.

Zu zwanglosen Rahmen gesellschaftlicher Veranstaltungen.

Rom, 7. Aug. Die Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers mit Mussolini und Grandi sind in Laufe des heutigen Tages bei verschiedenen gesellschaftlichen Veranstaltungen in zwangloser Form fortgesetzt worden, zunächst bei dem Frühstück, das der italienische Außenminister Grandi den deutschen Gästen in den an Kunstschätzen reichen Empfangsräumen der Villa Borghese gab. Die deutschen Presserepäsentanten waren zu gleichen Zeit zusammen mit einer Reihe italienischer Journalisten im Namen Grandis von dem Presseschef des Ministerpräsidenten, Rondo Ferretti, zu einem Frühstück geladen worden und von diesem später in den Kreis der Gäste des italienischen Außenministers eingeführt worden. Nach einer kurzen Pause, während Dr. Brüning und Dr. Curtius eine größere Anzahl Mitglieder der deutschen Kolonie empfangen hatten, begaben sich die deutschen Staatsmänner nach Tivoli in die Villa d'Este, wo in Anwesenheit Mussolinis und Grandis und einer stattlichen Anzahl von Gästen sich beim Tee Gelegenheit zu weiterem Gedankenaustausch bot. Die Unterhaltungen werden morgen vormittag wieder in engster Kreise aufgenommen.

Deutsche Rundgeber gegen Brüning verhaftet.

Rom, 7. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Wie nachträglich bekannt wird, hat die römische Polizei auf die nationalsozialistische Rundgebung gegen Brüning durch einige Verhaftungen reagiert. Als bei der Abfahrt des Reichskanzlers und des Außenministers vom Bahnhof nach dem Hotel, wie bereits gemeldet, aus einer Gruppe uniformierter Nationalsozialisten heraus der Ruf „Nieder mit dem Antifaschisten Brüning“ erscholl, wurden einige Hitler-Deute von der Polizei abgeführt, ohne daß diese Festnahmen jedoch in der Menschenmenge, die den Platz belebte, weiter aufgefaßt wären.

Polizeikontrolle bei der „Kasseler Post“.

Begen der preussischen Regierungskundgebung.

Kassel, 8. Aug. Wie die deutsch-nationale „Kasseler Post“ in ihrer heutigen Ausgabe berichtet, erschienen am Donnerstag, den 6. August, gegen 11.30 Uhr abends in ihrer Redaktion ein Kriminalkommissar, ein Polizeinspektor und ein dritter Herr in Zivil, offenbar auch ein Polizeibeamter, und forderten die Vorlegung eines Abzuges der ersten Seite der Freitag-Ausgabe der „Kasseler Post“, um sich vor der Drucklegung dieser Ausgabe davon zu überzeugen, daß die Kundgebung der preussischen Staatsregierung gegen den Volksentscheid den Vorschriften der Presse-Notverordnung entsprechend gesetzt und placiert worden sei. Der Kriminalbeamte behauptete auf Vorhalten des Hauptredakteurs auf Grund der Presse-Notverordnung zu diesem Vorgehen berechtigt zu sein. Da er erklärte, bei Nichtvorlegung eines Abzuges das Erscheinen der „Kasseler Post“ verhindern zu wollen, wurden ihm und den beiden anderen Beamten die entsprechenden Abzüge vorgelegt.

Die „Kasseler Post“ hat wegen dieses Vorgehens beim Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassel Protest eingelegt und fragt u. a. den Oberpräsidenten, welche Schritte er tun werde, um die betreffenden Beamten und diejenige Stelle, in deren Auftrag die Beamten gehandelt haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Außer dieser Beschwerde hat der Verlag der „Kasseler Post“ gegen die beteiligten Beamten Strafantrag wegen Nötigung im Urte gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Verantwortung für die neuen Lasten ab.

Hefige Debatten.

Mehr Disziplin.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung, die noch einmal den Etat behandelt, hat scharfe Zusammenstöße unter den Fraktionen und zwischen den bürgerlichen Parteien und dem Magistrat gebracht, die bei einer besseren Regie zu vermeiden gewesen wären. Sollte man die Stadtverordnetenversammlung einengen, so wäre insofern zweifellos eine Verbesserung eingetreten und damit eine bessere Voraussetzung für eine sachliche Behandlung des schwierigen Fragenkomplexes geschaffen worden. Nichts drängte zur Eile. An der Verfügung des Regierungspräsidenten konnte die Stadtverordneten-Versammlung sowieso nichts mehr ändern und ihre Haltung gegenüber dem Zwangsset war, was die bürgerlichen Fraktionen angeht, durch Rundgebungen in der Presse hinlänglich bekannt. So hat man sich gestern nur noch einmal gründlich auseinander geredet. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Staatsgemeinschaft, zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Fraktionen, traten sehr deutlich zutage und zeigten, daß hinter dem Etat der Stadtverordneten-Versammlung heute überhaupt keine Majorität mehr steht. Noch schlimmer ist, daß durch die persönlichen Angriffe die Kluft zwischen der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat immer tiefer wird und der Boden für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit völlig verloren zu gehen scheint. Und das in einer Zeit, die Einheit und innere Konzentration zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrisis unbedingt verlangt! Die Rufe dieser bedauerlichen Entwicklung sind natürlich die Reklamen auf der linken und rechten Seite. Das sollten die allezeitigen Vertreter ihrer Meinung nicht vergessen und bedenken, daß es in Notzeiten wichtiger ist, staatsbürgerliche Disziplin zu wahren als Recht zu beharren.

Oberbürgermeister Krüde

Stellte eingangs seiner Ausführungen fest, daß die Stadtverordneten-Versammlung nicht auf Antrag des Magistrats einberufen wurde. Er gab noch einmal einen Überblick über die Entwicklung der Staatsfrage und bezeichnete es als unrichtig, wenn in der Öffentlichkeit behauptet werde, daß der Magistrat und der Oberbürgermeister die Bedingungen der Verfügung des Regierungspräsidenten ohne weiteres hingenommen hätten. „Der Magistrat hielt es dabei allerdings für richtig, nicht den Weg des Protestes und der Beschwerde zu gehen, sondern in gütlichen Verhandlungen eine Verständigung mit der Staatsregierung zu suchen. Im letzten Jahre hat die Stadt Wiesbaden mit Protesten und Prozessen gegen über Verfügungen der Staatsregierung und Beschläüssen der Verwaltungsbehörde nämlich sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Der Erfolg der Proteste gegen die Notverordnungen ließen in diesem Winter nur nur der, daß die geforderten Steuern doch zwangsweise festgesetzt wurden, und daß sich nur die Gewährung des Staatszuschusses hinausgezögerte und die Stadt statt der im letzten Jahre Etat von der Regierung vorgesehenen 800 000 Mark schließlich nur 200 000 Mark am 1. April erhielt.“

Die diesmal unternommene Verständigungssaktion, die zu einer Aussprache des Regierungspräsidenten mit dem Minister des Inneren und des Oberbürgermeisters mit dem Sachbearbeiter des Ministeriums führte, hatte dagegen den Erfolg, daß das Ministerium sich zu einer Milderung der Auflagen bereit erklärte, indem von den geforderten beiden Gebühren, Kanalbenutzungs- und Straßenreinigungsgeld, nur die eine eingeführt zu werden brauchte und neben anderen Minderungen bei dem Wohnfahrzeug eine um 300 000 Mark geringere Gebührensatzung ausgearbeitet wurde. Durch Beschluß vom 23. 6. 31 lehnte aber die Stadtverordneten-Versammlung die von der Staatsregierung geforderten Bedingungen, abgesehen von der Kanalbenutzungsgebühr, ab. Die Folge war, daß abgesehen von einem Vorschuss von 400 000 Mark, der inzwischen gezahlt war, die weiteren Staatszuschüsse für die Stadt nicht ausbezahlt wurden.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung festgesetzte Etat konnte in Wahrheit nicht als ein ordnungsmäßiger Etat anerkannt werden. Wäre der falsche Etat der Stadtverordneten-Versammlung als richtig anerkannt worden, so wäre damit der Eindruck entstanden, als ob Wiesbaden ohne einen Staatszuschuss auskommen und sein Defizit durch eine Anleihe

decken könne, während in Wahrheit das weit höhere Defizit einen Staatszuschuss dringend erforderlich macht.

Der zweite Grund, weshalb der Etat beanstandet werden mußte, war der, daß die Bedingungen der Staatsregierung zur Erlangung des notwendigen Zuschusses, insbesondere die Herabsetzung der Wohnfahrzeugsteuer und die Einführung der 300 Prozent Bürgersteuer, nicht erfüllt wurden. In der Beziehung aber hatte die Staatsregierung keinen Zweifel gelassen, daß auf der Erfüllung dieser Bedingungen, wenn ein Staatszuschuss gewährt werden sollte, unbedingt bestanden werden müsse. Infolgedessen hatten weitere Verhandlungen über diese Punkte keinen Zweck.

Es blieb, da ein falscher Etat nicht anerkannt und die Stadt nicht ohne Staatszuschüsse gelassen werden konnte, daher nichts übrig, als den Etat dem Regierungspräsidenten vorzulegen.

Der Regierungspräsident hat nun diese Entscheidung getroffen. Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 5. 8. 31 zu dem nunmehr von dem Regierungspräsidenten festgelegten Etat Stellung genommen. Da der Regierungspräsident den Etat von Ausführungsbestimmungen in Aussicht gestellt hat, hat der Magistrat keine Stellungnahme bei einzelnen Punkten sich bis dahin vorbehalten. Abgesehen hiervon hat aber der Magistrat beschlossen, von Einlegung der Beschlüsse gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten Abstand zu nehmen und den festgelegten Etat anzunehmen.

Die gesamten Absätze sind sehr einschneidend und nur durch die augenblickliche Not der Gemeinden gerechtfertigt. Diese würden sich für Wiesbaden als Kur- und Fremdenstadt besonders ungünstig auswirken. Gleichwohl kann ich abschließend der Stadtverordneten-Versammlung nur dringend empfehlen, den Etat des Regierungspräsidenten unter den heutigen Verhältnissen hinzunehmen. Die über Deutschland hereingebrochene Wirtschaftskrise hat die Städte in schwerste Bedrängnis gebracht. Wären die Staatszuschüsse durch rasche Erfüllung der daran geknüpften Bedingungen ausbezahlt worden und hätte man vor allem die Anleihe bei der Zentralbodenkredit-A.G. — wie es die Verwaltung schon im April und Mai vorschlug — abgeschlossen und damit über 2 Millionen Mark herbeigekommen, wäre die Stadt für die jetzige Krise wohl gerüstet gewesen. Für die notwendigen Zahlungen hätten die Geldmittel zur Verfügung gestanden und die völlige Ausrüstung der Stadt mit ihren schweren Folgen hätte kaum zu verurteilt werden brauchen. Nachdem man die Genehmigung der Anleihe aber wochenlang hinausgezögert hatte, war es — als man endlich sich doch zur Annahme der Anleihe entschloß — zu spät, da infolge der inzwischen eingetretenen völligen Verschlechterung des Geldmarktes die Bank nunmehr die Auszahlung bis auf weiteres ablehnte. Ganz abgesehen von den riesigen Zinsverlusten, die der Stadt heute entstehen, wird dadurch die Liquidität der Stadt auf das äußerste bedroht. Eine Aufnahme von Krediten bei den Banken ist zurzeit unmöglich, zumal den Kommunalbanken sogar durch die neueste Notverordnung die Gewährung von Krediten an die Städte verboten ist.

Die Zurückhaltung von Steuerbeträgen, die an den Staat abzuführen sind, ist auch unmöglich gemacht, indem diese eingehenden Gelder durch einen kassatischen Kontrollbeamten unmittelbar an der Steuerkasse festgehalten und dann abgeführt werden.

Die Stadt ist allein auf die ihr verbleibenden Steuerbeiträge, wie die Eingänge aus den Wasser- und Lichtwerken und den Verkehrsbetrieben angewiesen. Bis jetzt ist es noch möglich gewesen, daraus wenigstens die Wohnfahrzeugsteuer, die Löhne, die Gehälter für Juli und die Gehälter für August zu einem Drittel zu bezahlen. Ein weiteres Drittel wird in den nächsten Tagen noch bezahlt werden. Dagegen hat sich die Zurückhaltung anderer Zahlungen und die Auftragsperre nicht vermeiden lassen. Die weitere Entwicklung der Dinge und die Behebung der Zahlungsschwierigkeiten der Stadt wird einmal davon abhängen, daß die fälligen Steuern und Gebühren pünktlich eingezahlt werden und weiter davon, daß die alsbaldige Auszahlung des Staatszuschusses erfolgt, die dringend zur Vermeidung eines Kassenzusammenbruchs erforderlich ist.

In dieser ersten Stunde wende ich mich als Oberbürgermeister an die Stadtverordneten-Versammlung mit der

dringenden Bitte, nunmehr wenigstens die völlig fruchtlose Politik der Prozesse, Beschwerden und Proteste einzustellen, dem von der Staatsregierung verfügten Etat in der Hauptsache hinzunehmen und sich mit der Stadtverwaltung um baldige Auszahlung des Zuschusses für Wiesbaden zusammenzufinden. Tut die Stadtverordneten-Versammlung dies, so wird sich, wie ich hoffe, auch im übrigen eine verständnisvolle Zusammenarbeit wieder finden lassen, zu der Sie mich, wie die Verwaltung, gerne bereit finden werden.“

Die Erklärung der vereinigten bürgerlichen Parteien

gab Stadtd. Kettenbach (D. Vot.) ab. Er führte im Namen der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Wirtschaftspartei und der Staatspartei unter anderem aus:

Auch in diesem Jahre ist das vornehmste Recht der Stadt, das Recht der Selbstverwaltung, außer Kraft gesetzt und der Stadt ein Zwangshaushaltsplan aufgedrungen worden. Die bürgerlichen Parteien bedauern diese Entscheidung; die Verantwortung hierfür tragen zunächst jene, die als beauftragte Sachverwalter der Bürgerpflicht glaubten, es tragen zu können, die Wünsche und Rathschläge und die Arbeit der unbesoldeten Vertreter der Bürgerschaft bei Seite zu schieben.

Es ist Tatsache, daß die Verwaltung trotz allem Drängen unsererseits auch in diesem Jahre den Etatsvorschlag unter Aufschubsetzung der Städteordnung mit großer Verzögerung vorlegte.

Es ist Tatsache, daß die Verwaltung einen Etat vorlegte, der mit einem Milliardendefizit abschloß. Wie in der Reorganisationskommission, verlagte sich auch hier der Kämmerer der Stadt Wiesbaden jedes eigenen Einwerfens. Es ist Tatsache, daß bis zum Erscheinen des Regierungsvortrags Tapolski die Verwaltung hinsichtlich der Etatsgestaltung 1931 kaum ernstliche Versuche der Verständigung machte. Es ist Tatsache, daß nach dem Vorliegen des Diktats Tapolskis dieselbe

Verwaltung eigene Entschlüsse nicht fand, sondern das Diktat Tapolskis mit seiner unerwünschten Weiterbelastung und seiner erneuten Kürzung der Unterhaltungsätze als vollendete Tatsache und Unabänderlichkeit hinnahm.

Die bürgerlichen Parteien haben nicht wie die Verwaltung das Defizit als eine unabänderliche Tatsache hingenommen und nicht wie die Verwaltung, nur das Diktat Tapolskis als Lösung betrachtet. Die bürgerlichen Parteien haben sich auch nicht, wie die Fraktionen in diesem Hause, der politischen Arbeit verweigert. Wenn je positive Arbeit bis zum äußersten geleistet wurde, so war es bei der Durchberatung dieses Haushaltsplanes. Es ist Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien unter Durchführung jedes einzelnen Anlasses im Haushaltsplan verstanden, durch Ausgabenlenkung der Bürgerschaft weitere Lasten zu erparen.

Ist vielleicht die Kommunalaufsicht besonders stolz auf ihre selbständige Streichung, die es den Minderbemittelten, den Arbeitern und den kleinen Gewerbetreibenden unmöglich macht, das staatsbürgerliche Recht als Vertreter der Gesamtheit auszuüben?

Wir müssen die Einstellung der Sozialdemokratie hierbei ausdrücklich anerkennen, die nach ursprünglicher Absicht der Streichungen sich im Interesse der Selbstverwaltung zu einer Verständigung bereitfindet mit dem Ergebnis, daß der Etat mit Zweidrittelmehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung verabschiedet werden konnte. Wir sind gewohnt, unserer ausdrücklichen Mißbilligung hierdurch Ausdruck zu geben, daß der oberste Hüter der Selbstverwaltung, der Oberbürgermeister, selbst aus nicht haltbaren formalen Gründen die Bildung einer Verständigungskommission im Widerspruch zu den Bestimmungen der Städteordnung vereitelt hat. Wir bedauern auch an dieser Stelle, daß die Kommunalaufsicht eine Verhandlung nicht ermöglicht hat.

Die Kommunalaufsicht legt einen Etat vor, der ein ungedecktes Defizit von 4 Millionen aufweist. Allein diese Tatsache ist kreditpolitisch für die Stadt außerordentlich bedauerlich. Die Kommunalaufsicht hat sich das Steuerdiktat Tapolskis zu eigen gemacht und ist bei den Streichungen der Arbeit der bürgerlichen Parteien der Stadt-

Wartburg-Zauber.

Von Heinrich Reis.

Einzig schön im Rahmen der hügeligen Waldlandschaft, ein Hort reicher Kunstschätze und architektonischer Ritzlichkeiten nicht weniger als Erinnerung von Glanz und Schicksal vielhundertjähriger Vergangenheit, wird die Wartburg auf keinen Besucher Thüringens ihren Eindruck verhehlen. Sie ist Wahrzeichen geradezu dieses naturgeordneten Waldgebietes im Herzen Deutschlands, vor dessen Einlaßpforte sie noch heute reißende Wacht zu halten scheint. Allein sie bedeutet noch mehr, ein deutsches Sinnbild, leuchtender als je in einer Zeit völliger Not, zukunftsweisend mit dem Dreiklang ruhmreicher Geschichte: Sängerkrieg und Wunder der heiligen Elisabeth, Luthers Tat der deutschen Bibelübersetzung, Zug der Bürgerschaft zum Gelübde von Freiheit und Einheit.

Durch die Jahrhunderte hin hat die Wartburg ihre Geltung bewahrt, hat den Zeitenwandel überdauert, als sie einst im späten Mittelalter mit der militärischen auch die kulturelle Bedeutung einzubüßen drohte, ist nach einer Epoche des Verfalls in neuem Glanz, in feinsinnigster Rekonstruktion des alten Stiles wiedererstand: Ein Ruhmeswerk ihrer Erneuerer, des edlen und kunstfertigen Großherzogs Carl Alexander und seiner Helfer, vor allem des genialen Architekten Hugo von Ritgen. Wie aber die äußere Erscheinung der Burg schicksalstragend und erinnerungsreich sich noch uns heutigen bietet, in Erdverbundenheit des romanischen, in himmelstürmendem Drang des gotischen Stiles den Geist ihrer Schöpfer spiegelnd, um wieviel mehr blieb ihr Wesen lebendig, ihr Sinn einer heiligen Burg, einer Gralsburg in deutschen Landen, von deren Bergfried das Kreuz über die von dunklem Wald umrauschten Höhen ragt; deutsches Symbol mit allem Zauber der romanischen Sehnsucht, gläubigen Innigkeit, trostigen, nieversagenden Hoffnung, formgeworden in schaffender Tat.

Der Reisende, der die Wartburg je besuchte, wird die Macht und Vielfalt ihrer Eindrücke nicht vergessen, wird die Schönheiten im einzelnen, die wundervolle architektonische Gliederung der Gebäude, den reichen Schmuck glanzvoller Innenräume, die lauschige Vertrautheit von Gängen und

Winkeln in lebendiger Erinnerung tragen. Er wird in erster Linie des Landgrafenhauses gedenken, des prunkvollen Palais mit der Elisabeth-Kemenerie und ihrem überreichen Glösmojail, dem Sängersaal und der Galerie mit Schwind's herrlichen Fresken, dem weithellen Raum der Burgkapelle, dem Landgrafenzimmer und großartigen Festsaal; er wird die Rüstkammer im unteren Stockwerk der Dornitz nicht vergessen haben, mit ihrer bunten Waffenammlung und dem strahlenden Fahnenwald, nicht den Bergfried in seiner imposant aufragenden Wucht, noch die zierliche Renaissancearbeit des Hofbrunnens, die pietätvoll gekrümmte Luthertube in der Bogtei und den entzündenden Kürbnerkerl, den Rest einer gotischen Hauskapelle, an der Bibliothek, der wartburgrecht dem Ganzen eingegliedert wurde. Auch die wichtige Wölbung des dreifachen Torbogens ist ihm vielleicht noch im Gedächtnis und der herrlich freie Blick von der Schanze am Burgtor auf die grünen Hügelhöhen des Thüringer Waldes.

Ich selbst hatte bei einem jüngst erfolgten Wiedersehen mit der Wartburg das Glück, unter liebenswürdiger Führung des feingeistigen und kunstfertigen Burghauptmanns Freiherrn Dr. v. d. Gabelenk auch einige der weniger bekannten, dem allgemeinen Besuch nicht zugänglichen Räume besichtigen zu dürfen, und in anregender Unterhaltung manche wertvollen Einzelheiten und geschichtlichen Beziehungen zu erfahren. Da waren zunächst die Zimmer der Kommandantenwohnung (von Professor Bodo Ehardt 1930 erneuert), ein Stück lebendig erfindenden Mittelalters, ungeheuer reichvoll in feinst gepflegter Ausstattung mit prächtigen, echten Cranach-Gemälden als stärksten Anziehungspunkt. Auf der bürgerlichen Seite der Bogtei fand ich Gelegenheit, die wunderbare Rosentür, ein Meisterwerk der Schmiedekunst, zu bewundern; in den Reformationszimmern sah ich die Darstellung von Szenen aus Luthers Leben in Gemälden von Künstlern der Altweltmarer Schule (Thumann, Pauwels, Pinnig, Strups) und Luthers Schlafkammer als schmalem, durch eine spätere Wandstränkefenster geschnittene Raum. Bedeutenden Eindruck hinterließ hier das Holzschiffwerk zweier kniender Engel aus der Schule Riemenschneiders. In dem Pflzheimer-Stübchen wechten die über vierhundert Jahre alten Brillen des berühmten Humanisten besonderes Interesse, und das benachbarte kleine Gelfreierstübchen gab das Empfinden mittelalterlicher Behaglichkeit.

Zum Mittelbau gelangte ich durch den „Margaretenlauf“, jenen Wehrgang, der von der Flucht Margareten von Hohenhausen, der Gemahlin Albrechts des Entarteten, seinen Namen trägt, besuchte das über der Rüstkammer gelegene Schweizerzimmer mit Schnitzmöbeln, seinen alten Bildern und Teppichen, und fand endlich zwei kleine Räume des Wartburginneren in dem Speisesaal der Landgrafen, der schon mit Gobelins, Krügen, Gläsern viel des Sehenswerten bot; den kunstreichen, mit Holzschmuck und seiner Zierlichkeit geschmückten Dürerstuhl und ein mittelalterliches Lauteninstrument, die Wartburgharfe. Alte, einst beim Wartburgfest der Bürgerschaft verwandte Schwerter, die man im Weimarer Theatermuseum wieder entdeckte, wurden ein weiterer Erinnerungseindruck dieser an Erlebnis so reichen Wanderung.

Allein ich trat nicht den Rückweg über die felsigen Stufen unterhalb der Schanze an, noch einmal das Panorama der Landschaft mit dem Blick umfassend, ohne daß auch die Natur mitwirken zu wollen schien, mir den Eindruck der Stunde noch tiefer und nachhaltiger zu gestalten. In der Hitze des Julitages wuchsen schnell Gewitterwolken über den Hang des Hirsberges, verdunkelten die Sonne, vor dem nahenden Gewitter flog ich in den, dem Felsplateau angeschmiegt, von Bodo Ehardt errichteten Gasthof, wo ich die imposante Majestät des bald mit voller Wucht hereinbrechenden Unwetters erlebte. Schon war die Höhe in dide, graue Dunstschwaden eingehüllt, Sturm raste, Regen brauste nieder, Blitze zuckten durch das dichte Nebelwallen, fast gelpenstlich schien die Landschaft verwandelt. Dann zerbrach der Sturm die Wolken, Fegen des Waldes und des Tales tauchten aus den Schleieren hervor, während das Gewitter noch mit drohendem Grollen über Eisenach tobte. Rasch, wie es gekommen, wie ein Spuk zog das Wetter vorüber, trauere Wolkenbündel flatterten am Himmel, dunkelten wie dicker Rauch überall aus den Hügelgallen empor, unter mir in der Ebene und von fernher zuckten noch immer grelle Flammengarben, als habe, nun schon verloschen, in Qualm erstickend, ringsum ein gewaltiges Feuer gelost. Bergwärts führte der Waldsteig zwischen perlglänzendem Laub, über mir aber ragten die Wartburgginnen im ewigen Zauber, umstrahlt von den Lichtern der flackernden aus den Wolken strömenden Sonne.

verordneten-Versammlung in ganz großem Umfange gefolgt, ohne eigene Initiative oder ohne andere Vorschläge bringen zu können.

Als maßgebend für den Umfang der Streichungen und Kürzungen kann heute nur die finanzielle Möglichkeit der Stadt und die Lebensnotwendigkeit der Bevölkerung angesehen werden.

Wir wollten von der Bevölkerung neue Lasten fernhalten, weil wir wußten und weil wir wissen, daß diese untragbar sind. Es wird sich zeigen, daß aus der Bevölkerung, der durch die seit Jahren geübte Finanz- und Steuerpolitik die Aufbaumöglichkeit untergraben wurde, auch mit Disziplin keine gesteigerten Erträge herauszuholen sind. Wir lehnen die Verantwortung ab für die Entwicklung der Dinge.

Stadt. Ballmann (Rom.) kritisierte besonders die Senkung der Löhne, die Abstriche am Wohlfahrtsamt und polemisierte in diesem Zusammenhang gegen die Sozialdemokratie und gegen den sozialdemokratischen Innenminister Severing. Er bezeichnete es als ungeheuerlich, daß man im Gegensatz zu den Abstrichen bei den Sozialaufwendungen den Ansat für die Polizei um 20 000 M. erhöhe.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie.

Stadt. Holzhauser (Soz.) machte den bürgerlichen Parteien den Vorwurf, daß sie die Staatsverhandlungen absichtlich verschleppt hätten, um der Aufsichtsbehörde die unangenehmen Maßnahmen, wie Steuer- und Gebührenerhöhungen, auszuweichen. Man habe nicht den Mut gefunden, der Bürgerchaft die Wahrheit zu sagen, und habe es immer so dargestellt, als ob man auch ohne neue Steuern die Verhältnisse meistern könne. Das sei, gelinde gesagt, eine Täuschung der Öffentlichkeit gewesen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat bei Verabschiedung des Etats durch die Stadtverordneten-Versammlung für den Vorschlag der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ gestimmt, obwohl gegen einen Teil von Anträgen dieser Gruppe die erheblichsten Bedenken bestanden. Entscheidend für ihre Zustimmung war das Bestreben, die Verabschiedung der Unterstützungssätze bei dem Wohlfahrtsamt zu verhindern.

Wir sind der Auffassung, daß sich die Aufsichtsbehörde bei ihren Entscheidungen in der Hauptsache von der Kassenlage der Stadt Wiesbaden hat leiten lassen, deren ungünstige Lage mit durch das Verhalten der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ anlässlich der Aufnahme einer Anleihe bei der „Zentral-Boden“ hervorgerufen wurde. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat von allem Anfang der Aufnahme der Anleihe zugestimmt, während die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ die größten Schwierigkeiten gemacht hat. Nachdem der Etat nun festgestellt ist, erwartet die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, daß der Magistrat alle gegebenen Möglichkeiten anwendet, die zur Milderung von Härten geeignet sind. Insbesondere muß dieser Grund bei den Hilfsbedürftigen zur Geltung kommen, damit deren Lebenshaltung nicht noch weiter beeinträchtigt wird.

Stadt. Schlüter (Zentr.) führte u. a. aus: Die Verordnungen haben Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung in einem Umfange gebracht, die für den Kommunalpolitiker nur erträglich werden durch den Gedanken, daß es sich um Notmaßnahmen einer Krisenzeit handelt, um Maßnahmen, die am Ende dieser Krisenzeit verschwinden müssen und verschwinden werden. Aber das eine muß gesagt sein, wenn die Notverordnungen angewendet werden, dann müssen sie auch ihrem Geiste und ihrem Inhalte nach angewendet werden und ihren Zielen Rechnung tragen. In dieser Hinsicht aber ist zuwider gehandelt worden bei dem Aufbau des Etats durch die Verwaltung, und es ist bedauerlich, daß auch die Kommunalpolitik den falschen Gedankengängen gefolgt ist. Die Verordnung vom 1. Dezember 1930 hat als eines der Hauptziele die Senkung der Ausgaben gesetzt und als ein zweites Ziel auch die Senkung der steuerlichen Lasten festgelegt. Zur Durchführung dieser Absicht des Gesetzgebers ist vielfach das Bestreben zutage getreten, in diesem Jahre die Ausgaben so hoch zu halten, als irgend möglich, um „Einkaufsfreiheit“ für die beiden nächsten Etatsjahre zu verschaffen. Von diesem Beweggrund hat die Verwaltung bei der Aufstellung des vorgelegten Etatsentwurfes sich ganz unverkennbar leiten lassen. Es sind Etatspositionen eingeschaltet worden, die keinen anderen Zweck haben können, als den Etat aufzublähen und das Ausgabenniveau

in die Höhe zu treiben. Wir können die Dinge nicht ändern! Es wäre jedoch weitaus richtiger und wichtiger gewesen, statt neue Opfer den breitesten Schichten der Bevölkerung aufzuzwingen und neue Steuern auszuschieben, die in großem Umfange auf dem Papier stehen werden, wenn mit schärfstem Nachdruck seitens der Kommunalpolitik auf die endliche Durchführung der örtlichen Verwaltungsreform hingewirkt worden wäre. Abschließend möchte ich mich an den Herrn Oberbürgermeister wenden und ihn bitten, bedenken zu wollen, daß mit Staatskommissionen eine kommunale Aufbauarbeit nicht geleistet werden kann und möchte dringendst hoffen, daß die Türe der Verständigung von ihm nicht zugeschlagen werden möge.

Die Fondspolitik der preussischen Regierung sei ein Krankheitsherd für die Selbstverwaltung. Durch die Auflage von Bedingungen bei Zuschußgewährungen würden den Kommunen immer neue Lasten aufgebürdet. Die Ministerialbürokratie erhalte immer größere Macht und durch die mangelnde Publizitätspflicht fehle jede Kontrolle über die zur Verfügung stehenden Gelder.

Stadt. Althaus (Natsoz.) behauptete, daß die in der letzten Zeit geführten Verhandlungen in der Etatsfrage nur zur Verbunkelung der wirklichen Lage benutzt worden seien. Er kritisierte besonders die Streichungen bei den Wohlfahrtsämtern, vor allem die Einschränkung der ärztlichen Behandlung.

Stadt. Schneider (Wirtschaftsp.) warf der Verwaltung vor, daß sie in den Ausschussverhandlungen den bürgerlichen Streichungsanträgen immer nur ein Nein entgegengesetzt habe. Die Tendenz scheine sich bis zur Stunde noch nicht geändert zu haben. Der Wandel in der Meinung der Sozialdemokratie sei wohl darauf zurückzuführen, daß unterirdische Kanäle von ihr zur Regierung führten. Auf dem Weg, den der Magistrat eingeschlagen habe, komme man nicht zu wirklicher Aufbauarbeit.

Stadt. Kech (Staatsp.) vermied die Inangriffnahme der Verwaltungsreform seitens des Magistrats. Er erinnerte an die Denkschrift seiner Fraktion, an die Zusätze und Ergänzungen, die von anderen Fraktionen gemacht wurden. Die Durchführung der Reform hätte gerade für die jetzige Notzeit wesentliche Erleichterungen bringen können. Während diese Denkschriften, ebenso wie das Gutachten Eisenhuts, still im Aktenschränkchen ruhen, habe der Magistrat das Gutachten Apollons sofort mit Initiative verarbeitet. Dieses Gutachten bewege sich in den gleichen Bahnen, wie die Magistratsaufstellung, nämlich erhöhte Ausgaben durch Steuererhöhungen zu decken. Das Ziel der bürgerlichen Fraktionen sei dagegen, die Ausgaben zu droffeln und dadurch Steuererhöhungen und eine weitere Belastung der Bürgerchaft zu vermeiden. Die Ausschussverhandlungen über den Etat hätten von Seiten des Magistrats einen Mangel an Führung und Mangel an gutem Willen gezeigt. Wenn es den bürgerlichen Fraktionen auch nicht gelungen sei, den Etat völlig auszugleichen, so müsse man doch sagen, daß der Magistrat überhaupt keine eigene Initiative entwickelt, sondern sich nur auf das Tapollische Gutachten gestützt habe, so daß der Eindruck entstehen müßte, daß der Magistrat überhaupt nicht den Willen besäße, zu einer Einigung zu kommen. Wenn der Regierungspräsident glaube, in der Streichung der Diäten für die Stadtverordneten und parlamentarischen Magistratsmitglieder der Clou seiner Etatsbearbeitung sehen zu dürfen, so müsse er darauf hinweisen, daß die Stadtverordneten-Versammlung aus sich heraus bereits eine Senkung ihrer Diäten beschlossen habe. Man habe damals auf ein Echo aus dem Kreis der hohen Magistratsbeamten bezogen, auf einen freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Gehälter gehofft. Dieses Echo sei aber ausgeblieben. Seine Fraktion unterstütze den Appell des Oberbürgermeisters für eine verständnisvolle Zusammenarbeit.

Bürgermeister Schulte

meinte, mehr wie Mangel an Führung und Mangel an gutem Willen könne man der Verwaltung nicht mehr vorwerfen. Die Stadtverordneten-Versammlung liege auf dem Standpunkt, daß der Magistrat falsche Wege gehe und der Magistrat habe seinerseits die Auffassung, daß die Stadtverordneten-Versammlung schlecht beraten sei. Es bleibe also nur die Frage, wer recht habe. In den Ausschussverhandlungen über den Etat seien die bürgerlichen Fraktionen außerordentlich kleinlich vorgegangen. Bei den großen Kosten habe man wesentliche Abstriche gescheut. Es komme gar nicht darauf an, zu entscheiden, ob die Fondspolitik der Regierung richtig sei oder nicht, sondern es habe sich nur darum handeln können, aus diesen Fonds

möglichst viel für Wiesbaden herauszuholen. Die Verwaltung habe von sich aus die Erfordernisse der augenblicklichen anormalen Verhältnisse richtig erkannt. Die bürgerlichen Parteien ließen jedoch jedes Verständnis fehlen. Warum wollten sie beweisen, daß wir den Etat decken können? Nur um nichts aus den Fonds zu bekommen? Wir können den Etat nicht decken, wir sind auf die Zuschüsse von Berlin angewiesen. Deshalb mußten wir die Steuern erhöhen und die Wohlfahrtsämter senken. Handele es sich in erster Linie um die Ausrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und auch Tapollische habe diese Frage an die erste Stelle gesetzt. Wenn man Geld mehr habe, habe man auch keine Selbstverwaltung mehr. Hätte die Stadtverordneten-Versammlung durch ihre Haltung nicht zum Scheitern der Bodenkreditanleihe und zur Verlegung von Zuschüssen beigetragen, dann könnte man sich besser in Wiesbaden und die Verhängung der vollständigen Auftragsperre wäre vielleicht nicht nötig gewesen. Die Energie, mit der die Stadtverordneten-Versammlung die Anleihe sabotiert habe, sei, gelinde gesagt, nicht zu verstehen.

Stadt. Schneider (Wirtschaftsp.) glaubte, die Ausschüsse der Bürgermeisterschulte so aufpassen zu müssen, daß er direkt vor einem Ausgleich des Etats warne, weil sonst die Stadt keinen Zuschuß von Berlin bekomme. Er meinte, mit allem Nachdruck dagegen, daß der Bürgermeister die Stadtverordneten-Versammlung für ihre schwere Arbeit, die sie geleistet habe, auch noch wie dumme Jungen hinstelle. Durch die Prozedur seitens der Verwaltung sei eine starke Mitleidung in den Berliner Ministerien gegen Wiesbaden aufkommen. Der Magistrat habe in den Ausschussverhandlungen keinen einzigen selbständigen Vorschlag gemacht und er müsse die Behauptungen des Bürgermeisters als Verdrehungen zurückweisen.

Stadt. Schlüter (Zentr.) betonte, der Magistrat habe vollkommen an Initiative fehlen lassen. Der Redner verwies auf das Beispiel Straßburg, wo man den Ausgleich des Etats erreicht habe. Wenn der Bürgermeister der Stadtverordneten-Versammlung die Schuld für das Scheitern der Bodenkreditanleihe zuschriebe, so könne man diesen Vorwurf mit doppeltem Recht zurückgeben, weil der Rat mehr als Zeiten, als Geld noch unter besseren Bedingungen zu haben war, von einer Anleiheermächtigung in Höhe von 4,4 M. M. keinen Gebrauch gemacht habe.

Stadt. Kettenbach (D. Ppt.) bedauerte den schalen Ton, der in der Debatte Platz gegriffen hatte. Die Stadtverordneten-Versammlung habe nach bestem Wissen ihre Pflicht getan und man dürfe die Abstriche nicht kleinlich bezeichnen. Der Redner äußerte den Wunsch, doch wieder eine verständnisvollere Zusammenarbeit möglich werde.

Oberbürgermeister Krüde

stellte fest, daß die ganze Aussprache kein Ergebnis habe. Aber es sei doch vielleicht gut, daß man einmal zueinander spreche, weil dadurch zur Schaffung von Klarheit beigetragen werde. Wenn man vonseiten der bürgerlichen Parteien glaube, daß der Magistrat bei den Abstrichen immer nur Nein sage, so müsse der Magistrat seinerseits feststellen, daß die Stadtverordneten sich zu wenig um die Durchführbarkeit ihrer Abstriche bekümmert hätten. Die Verabschiedung der Bürgersteuer, die Herabsetzung der Wohlfahrtsämter sei unvermeidlich gewesen, weil man sonst die unbedingt notwendigen Staatszuschüsse nicht bekommen. Die Staatsregierung könne für Wiesbaden keine Ausnahme machen, sondern müsse, wenn sie Zuschüsse währte, Wiesbaden die gleiche Auflage machen wie den übrigen Zuschußgemeinden. Die Auffassung, daß man in Berlin gegen Wiesbaden eingenommen sei, könne er nicht bestätigen. Die Regierungsmänner hätten in verschiedenen Fällen — der Oberbürgermeister erinnerte an das Kleinhaus — großes Entgegenkommen gezeigt.

Die ganze Entwicklung laufe immer mehr auf eine zentrale Regelung aller Fragen hinaus. Man versuche in Anbetracht der Not, von einer Zentralstelle aus das ganze Wirtschaftsgebäude zu kontrollieren. Der Oberbürgermeister erinnerte an die Bankkontrolle und sagte, so unangenehm es an und für sich auch sei, so ausgiebig wäre es, sich dieser Bewegung entgegenzustellen. Man müsse mit den Aufsichtsbehörden über Einzelheiten verhandeln, und die Verwaltung habe auch weitgehendes Entgegenkommen und Verständnis von Seiten der Regierung gefunden.

Was die Verwaltungsreform angehe, so habe der Magistrat durch die ständig wachsenden Aufgaben

„... eines Freundes Freund zu sein ...“

Schiller als Körners Freund in Leipzig. — Bei Buchhändler Götschen in Gohlis.

Wenn man wie Friedrich Schiller im Jahre 1785 aus dem Leipziger Stadtor auf der Landstraße nach Halle hinausfuhr, so hatte man gleich rechter Hand ein altes finsternes Gebäude, das heute dem ausgedehnten Schuppen des Leipziger Hauptbahnhofs hat weichen müssen, vor Augen: die Scharfrichterei, in der der Scharfrichter mit



Wo das Lied „An die Freude“ entstand. Das Schiller-Haus in Leipzig-Gohlis soll, da es baufällig ist, auf Abbruch verkauft werden.

seinen Knechten als „unehrliche Leute“ vor dem Tore haufen. Geradeaus führte die Straße nach Delitzsch, zur linken Hand an den Elsterweiden entlang, die Hauptstraße nach Halle. Gleich das erste Dörfchen an dieser Straße ist Gohlis, wo der Buchhändler Götschen, ein Freund des Schillerfreundes Christian Körner, Wohnung genommen hatte. Dorthin übersiedelte Schiller in das Haus Menckestraße 42.

Sein Sinn belastete sich in jenen herrlichen Sommer-

tagen des Jahres 1785 nicht mit schweren Dingen. Eine enthusiastische Freude war in ihm. Sein Herz war ruhig, voller Stille und Festigkeit. Er fühlte sich gar nicht mehr vom Schicksal so übel hin- und hergeworfen, in mühsamen Verhältnissen wie noch vor wenigen Monaten, ehe er Mannheim verlassen hatte. Schiller stand damals im 28. Jahre, und sein Freund, der drei Jahre ältere frühere Privatdozent an der Universität Leipzig, jetzt Konsistorialrat in Dresden, Christian Gottfried Körner, hatte ihn nach Leipzig geladen, um im Kreise der Freunde eine Zeit ruhigen Schaffens zu verbringen. Selbst das Reisegeld hatte Freund Körner mit einem reichlichen Darlehen von mehreren hundert Talern vorgeschossen. Seit dem 7. April war Schiller nun in Leipzig.

Der edelste Freundschaftsbund, der je einen Dichter und einen von dessen Kunst Begeisterten verknüpfte, war in diesem Jahre geschlossen. Innerlich aufgerichtet durch die Teilnahme an seinem Schaffen, fuhr Schiller nach Gohlis hinaus. Doppeltes Glück, daß die äußere Hilfsbereitschaft sich bei Körner sofort an dieses edle Freundschaftsgefühl angeschlossen.

Von dem Hause aus, das Schiller mit Götschen bewohnte, blickte man auf das Rosenthal und die Elster. Der liebliche Name befandete schon damals die Schönheit dieses noch heute wunderschönen Parks. Wie ein Göttertanz war jetzt die Freude in das heile lodernbe Herz des jungen Dichters gefallen. Ihm war der große Wurf gelungen, eines Freundes Freund zu sein, den er doch soeben erst in Rahmsdorf persönlich kennengelernt hatte. Aber Körners Briefe und die freundlichen Sendungen der Kupferstecher-töchter Stod nach Mannheim hatten diesen Bund ja schon vor mehr als einem Jahre geknüpft. Am 7. August sollte nun in Leipzig die Hochzeit Körners mit Anna Stod sein. Anreden und Verse voll Frohsinn und guter Laune gingen dem Dichtersmann durch den Sinn.

Daß es so etwas gab: einen Freund wie diesen Körner und den grundehrlichen Götschen, der einem für jeden Bogen drei Louisdor bezahlte und für die Erstausgabe der „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ bald 400 Taler bezahlte, sollte! Da konnte man dann später ja wohl schreiben: Sie haben mich nicht bezahlt, sondern belohnt und die Wünsche aus des ungeliebten Autors überfließen. Und wie der Götschen für Freund Körner schwärmte! Er hatte auch allen Grund, denn um die „Compagnie“ vollständig zu machen — so hatte Götschen gerade noch an Körner geschrieben — hatte dieser aus seinem reichen Erbe erheblich für den neuen Verlag vorgeschossen.

Es war eine glückliche Zeit für Schiller. Das „An die Freude“ — damals in Gohlis ist es entstanden. Hatte ihm Körner schon Andeutungen gemacht, daß er im September in das Gartenhaus zu Roschwitz einziehen würde? Wo er dann den „Don Carlos“ in Angriff nehmen würde? ... Ja, noch ein Denkmal würde er dem Freund setzen, dem Marquis Posa Gestalt und Wesen Körner geben! Konnte denn sein Herz auch nicht aufblühen, daß der große Wurf gelungen, eines Freundes Freund zu sein?

Aus Kunst und Leben.

* An die Universität Frankfurt berufen. Der erste Stent des Instituts für gerichtliche Medizin an der Universität Leipzig, Privatdozent Dr. med. Gottfried Rastrop, hat, uns gemeldet wird, den Ruf als ordentlicher Professor für gerichtliche Medizin an der Universität Frankfurt als folger Professor Vorläufers angenommen.

* Neue Bühnenwerke. Von Walter Bloem liegt „George Washington-Drama“ vor, das unter dem Titel „Held seines Landes“ am Stadttheater in Wuppertal im September zur Aufführung kommen wird. — Zu Beginn Theaterpielzeit wird die neue Komödie „Sport“ von A. Zeig im Deutschen Künstlertheater in Berlin aufgeführt werden. — Ladislav Fodor hat jetzt ein neues Lustspiel fertiggestellt, das den Titel führt „Flug nach Monte“ und Wien herauskommen wird. — Von Norbert Garai wird die Komödie „Schlumps erlebt Berlin“ mit Ralph Roberts in der Hauptrolle im Theater in der Behrenstraße in Berlin seine Uraufführung erleben. — L. Hartmann kündigt eine neue Komödie unter dem Titel „Festspiele“. — Der Chronos-Verlag, Berlin, bringt jetzt von H. St. und D. Monko die Komödie „Zimmer mit und ohne Funktion“ heraus, die in deutscher Bearbeitung von R. Rosen zum Vertrieb an die Bühnen gelangen wird. — Der Osterheld und Co., Berlin, kündigt das Spiel von A. v. „Herr Reinecke Fuchs“ an.

* Bildende Kunst und Musik. Fritz Krenn, der frühere beliebte Bariton des Wiesbadener Staatstheaters, geht zur Zeit mit Generalmusikdirektor Kempfer im Colon in Buenos Aires und findet bei Publikum und Presse großen Beifall. In einer Kritik heißt es: „Die künstlerische Entdeckung der „Salome-Aufführung“ war der Fritz Krenn, der ein Organ von mächtvoller Leuchtkraft, überraschender Tragfähigkeit und eigenartigem, blut-

Kritikern noch keine Möglichkeit gefunden, Entscheidungen zu treffen. Die Vorarbeiten in den einzelnen Ressorts wurden jedoch weitergeführt. Man dürfe den Kuseffekt dieser Reformen nicht überschätzen, doch werde die Verwaltung, sobald die dringenden Schwierigkeiten überwunden sind, die Reformen durchzuführen und auch auf diesem Gebiet Einsparungen zu machen suchen. Auf die Anfrage des Stadtschulze, ob bezüglich eines angeblichen Autokaufs des Oberbürgermeisters sei mitzuteilen, daß die Verwaltung einen durch den Abbau des Fuhrparks freierwerdenden Lastwagen, der einen Wert von 4000 M. darstellt, gegen einen alten Personenwagen, der etwa den gleichen Wert repräsentiert, eingetauscht habe. Der einzige größere Dienstwagen sei seit dem Unfall, den Bürgermeister Schulte mit ihm erlitten hat, nicht mehr völlig zu reparieren gewesen. Schon aus Gründen der Sicherheit sei für die Dienstfahrten ein anderer Wagen unbedingt erforderlich. Wenn Bürgermeister Schulte wegen seiner Finanzpolitik immer wieder angegriffen werde, so müsse er, trotzdem er in manchen Fragen andere Ansichten vertritt als der Bürgermeister, einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß gerade in diesen Krisentagen der Bürgermeister für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Stadt außerordentliches geleistet habe und daß das Vertrauen, das er bei den Banken besitze, mit dazu beigetragen habe, daß die Liquidität der Stadtkasse erhalten werden konnte.

Die Abstimmungen.

Die kommunikativen Anträge auf Nichterhebung der „Diktaturklausur“ und Wiederherstellung der Wohlfahrtsrichtsäge vom April wurden abgelehnt. Die vereinigten bürgerlichen Fraktionen (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei und Staatspartei) brachten folgenden Antrag ein:

„Durch das Diktat der Regierung sind der Bevölkerung weit über das erträgliche Maß hinaus neue Lasten und neue Opfer für die breitesten Schichten auferlegt worden. Die Stadtverordneten-Versammlung

lung war bis zum letzten bemüht gewesen, diese Opfer von der Bürgerschaft fernzuhalten; sie lehnt die Verantwortung für die aufgezungenen Maßnahmen ab. Die Stadtverordneten-Versammlung erwartet, daß der von ihr eingesetzte Rechnungsprüfungsausschuß bei Prüfung der Ausgaben auch über die Rechte der Stadtverordneten wacht und vorkommenden Eigenmächtigkeiten der Verwaltung entgegentritt.“ Dieser Antrag wurde zuerst abgelehnt. Bei einer zweiten Abstimmung, bei der sich auch die Nationalsozialisten für den Antrag aussprachen, fand er Annahme.

Der Rest der Tagesordnung

brachte nur noch Punkte von untergeordneter Bedeutung. Anstelle des ausgeschiedenen Stadtschulze (Ratsoz.) wurde der Vizebürgermeister Gärner als Stadtverordneter eingeführt und verpflichtet. — Stadtverordneter-Vorsitzender Dengel gab bekannt, daß Stadtschulze Holländer den Vorsitz der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion übernommen hat. — Für ein Baudarlehen in Höhe von 4000 M. übernahm die Stadt die selbstschuldnerische Bürgschaft. — Die „Süwag“ beabsichtigt, an der Platanenstrasse 100 Kleinwohnungen mit einem Aufwand von 800 000 M. zu bauen. Die Stadt soll die Zinsbürgschaft für eine zweite Hypothek in Höhe von 150 000 übernehmen. Da die Herannah der Hypothek momentan nicht möglich ist, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, die Angelegenheit bis zur Herannah der Hypothek zu vertagen. — Auf eine Anfrage des Stadtschulze (D. Vpl.) über die Verdreifachung der Hundesteuer in den Vororten teilte Stadtrat Dr. Sperling mit, daß die Verwaltung an die Entscheidung des Bezirksausschusses gebunden sei. Sie sei sich der Schwere der Belastung bewußt und sei bereit, in besonderen Härten Fällen Steuererlaß und Steuerherabsetzung zu veranlassen.

Die Sitzung schloß gegen 7 Uhr. Vor dem 28. August wird keine neue Sitzung einberufen.

Die Verfassungsfeier.

Das Programm.

Die diesjährige Verfassungsfeier in Wiesbaden findet am Dienstag, 11. August, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des hiesigen Kurhauses statt. Auf Anordnung des Preuss. Staatsministeriums soll der diesjährige Verfassungstag im geistigen Zeichen des Freiheitskämpfers von Stein stehen, dessen Todestag sich am 29. Juni 1931 zum 100. Male gefeiert hat. Die Verfassungsfeier wird deshalb unter Aufrechterhaltung ihres Charakters bei Beobachtung der durch die allgemeine Wirtschaftslage gebotenen Sparsamkeit in dem Sinne ausgestaltet werden, daß sie zugleich dem Werk und den schöpferischen Ideen des großen Staatsmannes und deren Verbundenheit mit der deutschen Gegenwart gilt. Es ist folgendes Programm vorgelegen:

1. Händel: Concerto Grosso, D-moll
2. Festrede des Herrn Landeshauptmanns Dr. Lutsch
3. Deutschlandlied
4. Beethoven: Leonoren-Ouverture Nr. 2

Dirigent: Kapellmeister Berthold (Mainz).

Zu dieser nichtöffentlichen Feier sind durch den Regierungspräsidenten Einladungen an die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, die Organisationen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Beamten- und Angestelltenorganisationen, die politischen Parteien, Presse pp. ergangen.

Am Nachmittag des Verfassungstages (16 Uhr) findet ein Volkskonzert des städtischen Kurorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Paul Dörrie im Kurhaus (Kurgarten oder großer Saal) statt.

Für den Abend ist das übliche große Gartenfest mit Feuerwerk und Konzert des städtischen Kurorchesters unter Leitung von Kapellmeister Berthold vorgesehen. Sofern die Witterung die Abhaltung des Feuerwerks nicht zuläßt, wird im großen Saal ein Konzert stattfinden, zu welchem nicht mehr als etwa 1400 Personen zugelassen werden können.

Der Eintrittspreis für die Nachmittagsveranstaltung beträgt 30 Pfg. und für die Abendveranstaltung 50 Pfg.

Die behördlichen Gebäude werden zur Feier des Verfassungstages in den Reichs- und Landesfarben flaggen; die Bevölkerung Wiesbadens wird aufgefordert, ihre Häuser ebenfalls zu beflaggen.

Die öffentliche Fürsorge der Stadt Wiesbaden.

12 152 Parteien werden unterstützt.

Am 30. Juni 1931 wurden von der Stadt Wiesbaden insgesamt 12 152 Parteien in öffentlicher Fürsorge laufend bar unterstützt. Im einzelnen gliedern sich diese in 446 Kriegsbeschädigte, 2307 Sozialrentner, 1250 Kleinrentner, 5348 anerkannte Wohlfahrtsrentner, 626 Arbeitslose mit gemeindlicher Zusatzunterstützung und 2175 „Sonstige Hilfsbedürftige“. Die Wohlfahrtsrentner waren somit die weitaus am stärksten vertretene Personengruppe der öffentlichen Fürsorge; ihre Zahl machte bald die Hälfte aller unterstützten Parteien aus. Unter den Wohlfahrtsrentnern befanden sich 5103 Unterstützte ohne Arbeitsleistung, 13 Pflichtarbeiter und 232 Fürsorgearbeiter.

Die Gesamtfürsorgekosten beliefen sich in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1931 auf 2 557 000 M., von denen 1 915 000 M. auf laufende und 27 000 M. auf einmalige Barleistungen, sowie 353 000 M. auf Sachleistungen und 562 000 M. auf Unterbringungskosten in geschlossener Fürsorge und in Familien entfielen. Wenn für die gemeindliche Erwerbslosenfürsorge wurden 955 000 M. in bar aufgewendet und zwar 967 000 M. für laufende und 18 000 M. für einmalige Unterstellungen. Von den gesamten Barleistungen der öffentlichen Fürsorge wurden somit etwa die Hälfte allein für die Wohlfahrtsrentner und die Arbeitslosen mit gemeindlicher Zusatzunterstützung ausgegeben. Gegenüber dem 1. Kalendervierteljahr 1931 ergeben sich in der Berichtszeit folgende Änderungen: Am 30. Juni 1931 wurden insgesamt 361 Parteien oder 2,9 v. H. weniger unterstützt als am 31. März 1931. An dieser Abnahme sind in der Hauptsache die Kriegsbeschädigten und die „Sonstigen Hilfsbedürftigen“ beteiligt. Erstere haben um 298 oder 40,1 v. H., letztere um 168 oder 7,2 v. H. abgenommen. Hierbei ist der absolut und relativ recht hohe Rückgang der Zahl der Kriegsbeschädigten besonders auffallend. Er dürfte aus einer Änderung der betreffenden Unterstützungsätze allein wohl kaum zu erklären sein, sondern vielmehr auf eine bei beiden Zählungen verschiedene Umgrenzung des Begriffs „Kriegsbeschädigter“ zurückzuführen sein. Während die Sozial- und Kleinrentner in der Zeit vom 31. März bis 30. Juni 1931 zahlenmäßig nur eine geringfügige Erhöhung erfahren hatten, wiesen die Wohlfahrtsrentner und die Arbeitslosen mit gemeindlicher Zusatzunterstützung eine nicht unwesentliche Zunahme. Trotz der fortwährenden Jahreszeit hat sich ihre Zahl um 94 oder 1,6 v. H. erhöht; seit Juni 1930 hat sie sich sogar um 1577 oder 35,9 v. H. vergrößert. Gegen den 30. September 1930 ergab sich allein schon eine Steigerung um 974 oder 19,5 v. H. Mit 35 anerkannten Wohlfahrtsrentnern auf 1000 Einwohner stand Wiesbaden am 30. Juni 1931 an 6. Stelle unter den 32 preussischen Großstädten. Die Inanspruchnahme der Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge war in der Berichtszeit wesentlich stärker als im vorhergehenden Vierteljahr; in geschlossener Fürsorge waren 1870 Personen vorübergehend und 1687 dauernd untergebracht, das waren also 415 und 154 mehr.

Die Gesamtfürsorgekosten haben sich im 2. Kalendervierteljahr gegenüber dem vorhergehenden Quartal kaum geändert. Der gemeindliche Anteil an den Kosten der öffentlichen Fürsorge, der für die Monate Januar bis Juni 1931 noch 72 142 M. betragen hatte, ist im Berichtsvierteljahr um 12 144 M. auf 84 486 M. gestiegen.

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 6. August 1931 angemeldeten Fremden beträgt 73 977 Kurgäste und Passanten.

— Konzerte auf öffentlichen Plätzen am Verfassungstage. Die Polizei-Musikkapelle spielt unter Leitung des Polizei-Obermeisters Beyer anlässlich des Verfassungstages am 11. August von 11 bis 11.45 Uhr in der Rheinförde vor der Landesbibliothek, ferner von 12 bis 13 Uhr auf dem Blücherplatz.

— Theater-Stammkarten für die Spielzeit 1931/32. Die Intendantur des Staatstheaters hat entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage eine weitere Senkung der Stammkartenpreise für sämtliche Plakattagen im Großen und Kleinen Haus sowie vorgenommen, daß der Stammkarteninhaber für die Spielzeit 1931/32 für 36 Vorstellungen ungefähr den gleichen Preis bezahlt, wie für 30 Vorstellungen für die Spielzeit 1930/31. Die Intendantur hofft, daß durch diese weitere wesentliche Vergünstigung die bisherigen Stammkarteninhaber sich veranlaßt sehen, ihren Stammkartenvortrag weiter bestehen zu lassen und rechnet damit, daß unter den überaus günstigen Bedingungen weitere

Wiesbadener Nachrichten.

Zunächst schwül mit Gewitterneigung.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die große Hitze, mit der der August begonnen hat, bildet eine nicht geringe Überraschung, da noch am letzten Sonntag keinerlei Anzeichen für diese Entwicklung erkennbar gewesen waren. Erst am 1. August schloß allgemeiner und anhaltender Druckanstieg über dem nördlichen Europa die Voraussetzungen für die Ausbildung der hochsommerlichen Hochdruckwetterlage, aus der sich dann rasch eine Periode großer Hitze entwickelte.

Bedeutungsvoll in dieser Hinsicht wurde besonders ein Kaltlufteinbruch aus dem Ost-Spitzbergen-Meer nach Nordrussland, der dort schon um die Mitte der Vorwoche ein kräftiges Hoch aufbaute. Da dieses aber durch ein Tiefdruckgebiet mit hohen Temperaturen an seiner Ostseite, kühler Witterung am Westrand, von dem mittlereuropäischen Witterungsbecken abgeriegelt war, so schien es für die Witterung in Mitteleuropa überhaupt nicht in Betracht zu kommen. Durch den schon erwähnten Druckanstieg über dem nördlichen Europa entstand jedoch eine Hochdruckbrücke von Nordrussland über die Ost- und Nordsee hinweg nach dem Azorenmaximum, so daß die atlantische Westseite weit nach Norden bis an den Rand des Eismeeres abgedrängt und für uns einflußlos wurde. Bedeutung erhielt dagegen nunmehr ein flaches Tiefgebiet über Südwesteuropa, nach dem sich das dem Hochdruckgebiet entstammende Luftgefälle mit östlichen Winden erstreckte. Diese Ostströmung reichte bis in große Höhen; infolgedessen konnte die entgegengesetzte, kühlere Strömung des südwesteuropäischen Tiefdrucksystems zunächst nur sehr langsam in der Richtung nach Mitteleuropa Raum gewinnen. Die innerhalb des Hochs abfindende Luft erwärmte sich stark, und in Verbindung mit der intensiven Sonneneinstrahlung wurden, vom Küstengebiet abgesehen, schon Sonntag überall hohe Temperaturen erreicht, am Rhein und Main bereits 30 Grad Celsius. Montag stieg auch in Nord- und Westdeutschland das Quecksilber überall auf 28 bis 30 Grad Wärme. Nur in Ostpreußen stieg das Thermometer infolge der kühleren, von der Ostsee stammenden Luftzufuhr nicht über die normalen Temperaturwerte.

Am Mittel- und Niederrhein, in Hessen-Nassau, Baden und Württemberg sowie in einzelnen Teilen Mitteldeutschlands entluden sich bei der Annäherung des südwesteuropäischen Tiefdruckgebietes verbreitete, z. T. schwere Gewitter, die an einzelnen Orten mit sehr starken Regengüssen verbunden waren. Auch Südbadland hatte Mittwochabend schwere Gewitter mit wolkenbruchartigen Regenfällen.

Das weitere Vorwärtsschieben der aus zahlreichen eng begrenzten Tiefdruckzentren bestehenden flachen südwesteuropäischen Depression nach Osten, wird bis zum Wochenende auch in ganz Nord- und Ostdeutschland zu Gewitterstörungen führen. Trotzdem wird zunächst eine erhebliche Abkühlung nicht erfolgen, da sich die Luftmassen innerhalb des Tiefdruckgebietes auf ihrem nordostwärts gerichteten Weg über das erhitze Festland schon stark erwärmt haben. Ob es in der nächsten Woche, nach dem Rückzug des Hochdrucklagers auf dem Atlantischen Ozean, wieder zu kühlerem und veränderlichem Wetter kommt, das bleibt noch abzuwarten, ist aber nicht unwahrscheinlich. Im Augenblick läßt sich aber die weitere Entwicklung noch nicht übersehen.

Aus dem Magistrat.

Die Städtische Pressestelle teilt mit:

Absetzung einer unbefoldeten Stadtratsliste.

Anstelle des unbefoldeten Stadtrats Herrn Felix Wieland, der sein Amt niedergelegt hat, tritt Herr Dr. Max Ludewig in den Magistrat ein.

Erhebung von Stundungszinsen.

Der Magistrat hat die Zinsen, die bei Bewilligung der Stundung von Steuerbeträgen zu zahlen sind, falls nicht insoweit Stundung gewährt wird, auf 10 Prozent jährlich festgesetzt. In der Verfügung, durch die die Stundung gegen Vergütung bewilligt wird, ist eine Heraushebung des Zinsfußes für die Zukunft vorzubehalten.

Keine Dienststunden bei der städtischen Verwaltung am Verfassungstag.

Am Dienstag, den 11. d. M., sind aus Anlaß des Verfassungstages die Büros der sämtlichen städtischen Verwaltungen geschlossen.

Die Ständesämter in Alt-Wiesbaden und Wiesbaden-Biebrich sind an diesem Tage von 9-10 Uhr geöffnet.

Das Problem der Mietenentfaltung.

Noch keine praktische Lösung erzielt.

Bei den zurzeit stattfindenden wirtschaftspolitischen Erörterungen der Reichsregierung hat man auch die Frage einer Ermäßigung der Mieten behandelt, ohne daß eine praktische Lösung erzielt wurde. Es betrifft ja auch ein außerordentlich schwieriges Problem, da die Mietenregelung mit zahlreichen fiskalischen, privatwirtschaftlichen und sozialen Fragen verbunden ist, an deren Lösung schon seit langem gearbeitet wird. Angesichts der steuerlichen Belastung des Hausbesitzes ist es nicht ohne weiteres möglich, eine Senkung der Mieten zu dekretieren, es sei denn, daß man einen Weg fände, durch Notverordnung eine Senkung der auf dem Hausbesitz ruhenden Zinslasten (Hypotheken) herbeizuführen.

Solange aber dieser Ausweg nicht gefunden ist, dreht sich das Mietproblem in der Hauptsache um die Hauszinssteuer. Eine Senkung der Mieten kann, wie vom organisierten Hausbesitz mit begründeten Unterlagen nachgewiesen wird, nicht auf Kosten derjenigen Mieter eintreten, die zur Verfügung des Hausbesitzes bleiben und durch Steuern, Zinsen, Betriebs- und Verwaltungskosten bis auf eine geringfügige Rente aufgezehrt werden. Eine Mietenentfaltung wäre demnach nur durch Änderung der Hauszinssteuer möglich. In den zuständigen Ministerien liegen hierzu die verschiedenenartigen Vorschläge vor, ohne daß man sich allerdings bisher für ein bestimmtes Programm entscheiden konnte.

Vom organisierten Hausbesitz und den Hypothekendarlehen ist, wie der „Berliner Börsen-Courier“ mitteilt, ein Vorschlag gemacht worden, die Hauszinssteuer durch eine abhörsbare Rente aus dem Hausbesitz zu ersetzen. Diese Rentenbelastung soll für das Reich einen Betrag von 300 Millionen M. ergeben. Sie beträgt 5 Prozent der Mieteinnahmen und wird auf 36 Jahre berechnet. Da der Gesamtmietertrag des Hausbesitzes auf 6 Milliarden Rentenmark geschätzt wird, ergeben sich aus der 5-prozentigen Rentenbelastung 300 Millionen Rentenmark. Diese 300 Millionen sind, wie die Schöpfer des neuen Planes argumentieren, erforderlich, um die Differenz zu sichern, die sich aus dem Wegfall der Hauszinssteuer mit einem Aufkommen von etwa 1,2 bis 1,4 Milliarden Rentenmark und den geschätzten Steuermehreinnahmen von etwa 0,9 bis 1,1 Milliarden Rentenmark ergibt.

Nach der „Voss-Ztg.“ werden gegen diesen Plan schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Schon jetzt sind die Grundstückspreise derart gesunken, daß nachteilige Hypotheken in den meisten Fällen außerhalb der Deckungsgrenzen liegen und selbst für erstanzige Hypotheken nicht immer volle Sicherheit gewährleistet zu sein scheint. Läßt sich auch noch der Staat seinen Rentenanspruch durch hypothekarische Eintragungen auf die Grundstücke sichern, so würde das eine weitere Verschlechterung aller Hypothekenforderungen und darüber hinaus auch der als Gegenwert ausgegebenen Pfandbriefe bedeuten.

Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine dürfte auf seiner Würzburger Tagung Ende der Woche zu dem Plane Stellung nehmen.

Regeln für die Postabfertigung.

Zur glatten und raschen Abfertigung an den Posthaltern kann das Publikum im eigenen Interesse viel beitragen, wenn es die nachstehenden Regeln beachtet:

1. Wähle für Deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden.
2. Klebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vor der Einkieferung auf, wozu Du bei Briefsendungen, Postanweisungen und Zahlkarten verpflichtet bist.
3. Schreibe zu Wert- und Einschreibesendungen einen Einkieferungsschein, mit Tinte vorher aus.
4. Halte das Geld abgezählt bereit. Übergib größere Mengen Papier- und Silbergeld stets geordnet. Lege bei gleichzeitiger Ein- oder Auszahlung von drei und mehr Postanweisungen- und Zahlkartenbeträgen, sowie beim Einkauf von drei oder mehr verschiedenen Sorten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 M. eine aufgerechnete Zusammenstellung der zu zahlenden Beträge vor.
5. Benutze bei eigenem stärkerem Verkehr die besonderen Einrichtungen (Einkieferungsbücher, Selbstvorbereitung von Paketen, Einschreibebriefen usw.).

Neuanmeldungen auf Stammlisten erfolgen werden. Das Stammlistenbüro nimmt jederzeit derartige Anträge mündlich, schriftlich und fernmündlich entgegen.

Patentbericht. (Zusammengestellt vom Patentbüro Conrad Köhling, Mainz.) 1. Patentanmeldungen: C. Theodor Wagner A.-G., Wiesbaden: Uhr mit leuchtenden Zeigern und Ziffern. Dr. Paul Würzburger, Wiesbaden: Rundtisch für Druckluft-Massagevorrichtungen. Gesellschaft für Kindes Eisemaschinen A.-G., Wiesbaden: Druckwaage. — 2. Patente: August Carl Arnd, Wiesbaden: Unterleibungsstück. Dr. Theodor Engel, Wiesbaden: Vorrichtung zum Abformen des Fußgewölbes. Deutsche Abwasser-Reinigungs-Ges. m. b. H., Stadtereinigung, Wiesbaden: Vorrichtung zur Beschleunigung der Schlammzerlegung in Faulräumen. Walther Conradt, Wiesbaden: Hilfsmittel zur Erlernung der Buchhaltung. Chemische Fabriken Dr. Kurt Albert, G. m. b. H., Amöneburg bei Wiesbaden-Biedrich: Verfahren zur Herstellung von Formkörpern aus Kunstharzmassen mit scharf begrenzten Mischeffekten. 3. Gebrauchsmuster: Hermann Beckmann, Wiesbaden: Vorrichtung zum Blodieren der Steuerung, insbesondere für Handradsteuerung. Frida Anton, geb. Koch, Wiesbaden: Schweißschutzhülse. Heinz Müller und Fritz Schröder, Wiesbaden: Kleiderstoffprüfapparat. Hans Kreibitz, Wiesbaden: Schmierpumpen mit Rückschlagventil für Hochdruckschmierung. Maria Elisabeth Hamel, Wiesbaden: Briefumschlag mit Verschlussvorrichtung. Otto Mäh, Wiesbaden: Motorradfahrtrichtungsanzeiger. Fritz Schulz, Wiesbaden: Schreibgerät mit Stempel. Firma Gottlob Kurz, Wiesbaden-Ingstadt: Zusammenlegbare Säuglingswaage, in jeder Verfassung mitzuführen. Karl Friedr. Berger, Wiesbaden: Nicht kippende Blumenwaage.

Schwierige Einreise nach Mexiko. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Mexiko hat nach einer Mitteilung der deutschen Reichsstelle für das Auswanderungswesen einige Ergänzungen zum Wanderungsgesetz erlassen. Studenten und Schülern wurde bisher ohne Schwierigkeiten die Einreise in das Land gestattet. Sie müssen jetzt bei Einholung des Sichtvermerks nachweisen, daß eine in Mexiko lebende Person für den Lebensunterhalt aufkommt. Überdies müssen sie innerhalb von 30 Tagen nach Antritt dem Wanderungsamt angeben, daß sie eine Unterrichtsanstalt besuchen. Damit Handlungsreisenden der Aufenthalt im Land gestattet wird, müssen diese Ausweise des Unternehmers haben, für das sie ständig oder vorübergehend als Vertreter reisen. Angegeben werden muß, ob in Mexiko eine Zweigstelle des Betriebs vorhanden ist. Zu hinterlegen sind 500 mexikanische Pesos. Angestellte haben einen Vertrag mit ihrem Arbeitgeber zur Genehmigung vorzuzeigen. Die Gebühr dafür beträgt 10 Pesos. Der Sichtvermerk wird erst nach Gewährung der allgemeinen Einwanderungserlaubnis erteilt. Außerdem muß sich jeder Einwanderer 6 Monate nach seinem Eintreffen in Mexiko in das Fremdenverzeichnis der Wanderungsbehörden eintragen lassen, auch Vergnügungsreisende.

Verkehrsunfall. Am Donnerstag gegen 19 Uhr, fuhr in der Büllofstraße ein Motorradfahrer mit solcher Wucht gegen einen Baum und dann wider ein Haus, daß der Baum vollständig entwurzelt wurde. Der Fahrer trug leichte Verletzungen davon, sein Fahrzeug wurde stark beschädigt.

Schwerer Radfahrerunfall durch einen Gabelbruch. Heute vormittag brach in der Dohheimer Straße plötzlich einem 27 Jahre alten Tapezierer aus Dohheim die Gabel an seinem Fahrrad, so daß er mit ungeheurer Wucht auf das Straßenpflaster stürzte. Durch den heftigen Aufschlag wurde dem Mann die Kinnlade zerschmettert, außerdem erlitt er eine Gehirnerschütterung. Das Sanitätsauto transportierte den Schwerverletzten um 11,20 Uhr ins städtische Krankenhaus.

Von einem Personenauto angefahren wurde Freitagabend ein 34 Jahre alter städtischer Arbeiter als er Ecke Bleich- und Hellmuthstraße die Laternen kontrollierte. Der Arbeiter erlitt schwere Kopfverletzungen und wurde um 18,26 Uhr von der Sanitätswache ins städtische Krankenhaus gebracht.

Hohes Alter. Frau Wwe. Florentine Heyendeh I, am Kaiser-Friedrich-Bad 6, 1, begeht am 12. August in Frische ihren 81. Geburtstag.

Dienjubiläum. Am 6. August waren es 25 Jahre, daß Herr Peter Eichhorn, Seerabenstraße 23, am städtischen Wasser- und Lichtwerk beschäftigt ist. Er ist zugleich 30 Jahre Bezahler des Wiesbadener Tagblatts.

Bildtelegraphie mit Italien. Am 7. August ist der Bildtelegraphendienst mit Italien auf einer Verbindung Berlin-Rom aufgenommen worden. Die Gebühr beträgt 17 Pf. für ein Quadratdezimeter Bildfläche bei einer Mindestgebühr von 17 Pf. für ein Bildtelegramm. Auskunft erteilen die Postkassenbeamten.

Kostümausstellung im Staatstheater. Vielfachen Wünschen entsprechend hat die Intendantur des Staatstheaters die im Foyer des Großen Hauses eingerichtete Ausstellung von Kostümen, Waffen usw. bis einschließlich Mittwoch, 12. August, verlängert. Die Ausstellung ist von Montag, 10. August ab täglich von 10 bis 12 und 15 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eingang zur Ausstellung erfolgt durch den Zugang zum Theaterfoyer (Theaterkolonnade). Dort erfolgt auch die Ausgabe der Eintrittskarten.

Rheingauer Sänger im Wiesbadener Kurhaus. Die Rheingauer Chorgemeinschaft („Liedertreu“) - Eltville, „Freundesbund“-Erbach, „Sängerlust“-Neudorf, zusammen etwa 120 Sänger, Leitung Kammermusiker Jakob Weinert, wurde von der Kurverwaltung Wiesbaden eingeladen, im September ein Konzert zu veranstalten. Bereits vor zwei Jahren konnte dieselbe Chorgemeinschaft im Kurhaus einen vollen Erfolg davontragen. Der Dirigent der Vereinigung ist Inhaber vieler Auszeichnungen und Dirigentenpreise, von ihm selbst gelangen an dem Abend zwei Chorwerke, vier bis achtstimmige Kompositionen: „Kolumarie“ (H. Böns), eine Chorimprovisation, und „Da unten im Tale“, eine freie Bearbeitung des Volksliedes, zur Aufführung.

Tischler tagen in Frankfurt a. M. Der Reichsverband des Deutschen Tischlergewerbes, der seinen Sitz in Dresden hat, hält am Freitag, den 14. August, eine Gesamtvorstandssitzung in Frankfurt a. M. ab. Von der Abhaltung des 9. Deutschen Tischlertages ist in diesem Jahre mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage Abstand genommen worden. Dagegen soll im Hinblick auf die Gesamtvorstandssitzung eine Kundgebung und Werbeversammlung des Tischlergewerbes stattfinden. An dieser Kundgebung, die am Samstag, 15. August im Frankfurter „Handwerkerhaus“ stattfinden soll, werden sämtliche Tischler- und Schreiner-Innungen aus den Handwerkskammerbezirken von Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Karlsruhe, Mannheim sowie die Innungen von Aschaffenburg, Würzburg, Gießen, Lohr a. M., Marthelshausen, die Innungen des westlichen Teils des Handwerkskammerbezirks Würzburg und des Kreisverbandes unterfränkischer Schreinermeister teilnehmen. Auf der Tagesordnung der Kundgebung steht ein



Die längste Eisenbahnbrücke über den Ozean.

Die Brücke von Florida nach der Insel Key West. Ein Wunderwerk der Brückenbaukunst, ist die Eisenbahnbrücke, die die amerikanische Halbinsel Florida mit der Inselstadt Key West im Golf von Mexiko verbindet.

Referat des Staatsministers a. D. Dr. Weber-Dresden über „Das deutsche Tischlerhandwerk im Kampf um sein Bestehen und seine Stellung im Staats- und wirtschaftspolitischen Leben“. Die Kundgebung steht unter der Leitung des Präsidenten Heinz-Dresden.

Denkmalentheilungsfeier. Mitglieder der hiesigen freireligiösen Gemeinde haben die Mittel aufgebracht für ein Denkmal, das dem unlängst plötzlich verstorbenen Prediger ihrer Gemeinde, Gustav Lohr, im Hofe des Gemeindegrundstückes an der Rheinstraße Nr. 83 gesetzt werden soll. Die Enthüllungsfest findet am 30. d. M. statt. Die Weiherede hält der Prediger der Mainzer freireligiösen Gemeinde, Dr. Vid.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

*** Staatstheater (Kleines Haus).** Gastspiel der Kottler-Bühnen: Heute Samstag findet die vorletzte Vorstellung von Rudolph Lothars „Casanovas Sohn“ statt. Sonntag ist die Abschiedsvorstellung der Mitglieder der Berliner Kottler-Bühnen. Zur Aufführung gelangt ebenfalls „Casanovas Sohn“.

*** Das Wiesbadener (Spangenbergische) Konservatorium und Musikseminar.** Wilhelmstraße 18, nimmt am kommenden Mittwoch, 12. August, den Unterricht in allen Fächern wieder auf. Auf allen Gebieten der Tonkunst erfolgt sorgfältigste Unterweisung von den allerersten Anfängen an (in den Hauptfächern nur Einzelunterricht). Prospekte kostenlos.

Wiesbadener Lichtspiele.

*** Film-Palast.** Wie nicht anders zu erwarten war, ist Claire Waldoff, die Berliner Vortragungskünstlerin, in Wiesbaden begeistert aufgenommen worden. Das alltäglich ausverkaufte Haus jubelt der Künstlerin zu. Am heutigen Samstag singt Claire Waldoff im Frankfurter Sender abends um 8,20 Uhr. Ihr Auftritt im Film-Palast erfolgt deshalb erst am Schluß des Programms gegen 10,30 Uhr; unbeeinträchtigt davon ist ihr Auftritt am Nachmittag, der, wie immer, um 6,10 Uhr erfolgt. Am Sonntag wird Claire Waldoff um 5,30, 8,00 und 10,30 Uhr auftreten. Das Gastspiel erreicht am Montag sein Ende. Im Film-Programm: „Die Sache August Schulze“, nach der Novelle „Kinder vor Gericht“, Emelka-Tonwoche, Kurztonfilme.

*** Kammer-Lichtspiele.** Bis einschließlich 12. August bringen die Kammer-Lichtspiele den Ufa-Tonfilm „Das Flötenkonzert von Sanssouci“, mit D. Gebühr als Friedrich der Große. Begleitend durch die Gestalt des großen Königs und padend durch die Fülle der sich jagenden Geschehnisse, wird dieser Film in Wort, Klang und Bild zum Erlebnis unserer Tage. Außerdem ein reichhaltiges Beiprogramm.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Im D-Zug gestorben.

— Frankfurt a. M., 8. Aug. Kurz nach der Ausfahrt des D-Zuges Bielefeld-Frankfurt a. M. aus dem Darmstädter Hauptbahnhof starb eine 72jährige Dame aus Karlsruhe, die in Begleitung ihrer Tochter nach Frankfurt unterwegs war, infolge Herzschlages. Die Leiche der alten Frau wurde nach Ankunft des Zuges in Frankfurt a. M. auf den Friedhof verbracht.

Frankfurter Chronik.

**** Frankfurt a. M., 8. Aug.** Beim Baden im Osthafen wurde der Arbeiter Otto Hokenzab von Krämpfen befallen. Er ging sofort unter und ertrank, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte. — An der Alten Brücke erlitt der 64jährige Arbeiter Karl Kluge beim Angeln einen Schwächeanfall und stürzte in den Strom. Obwohl man den Mann sofort aus dem Wasser zog, war der Tod doch bereits eingetreten. — Im Stadteil Höchst stürzte der pensionierte Polizeiwachmeister Kirchning bei einer Spazierfahrt von seinem Rade und zog sich dabei einen Schädelbruch zu, der seinen baldigen Tod zur Folge hatte.

Der Rheinfährenbetrieb Rüdeshheim-Bingen.

m. Rüdeshheim a. Rh., 6. Aug. Im Verwaltungsbericht der Stadt Rüdeshheim heißt es u. a.: Die durch vollständige Sperrung der Hindenburgbrücke durch die Reichsbahn für den Fahrwerksverkehr unterbrochene Verbindung der beiden Rheinufer Bingen und Rüdeshheim ließ sich trotz aller Bemühungen der beiderseitigen Regierungen, Wirtschaftsverbände und Städte mit Unterhütung der zuständigen Reichsministerien nicht wieder herstellen, weil die Reichsbahn die Sperre aufrecht erhielt. Die dadurch notwendig gewordenen Verhandlungen über die Einrichtung einer Fährverbindung nahmen nicht den gewünschten Fortgang, weil sich unvorhergesehene technische Schwierigkeiten einstellten und die Reichsbahn für ihren Trajektverkehr die Konkurrenz einer

leistungsfähigen Autofähre fürchtete. Um nicht während des Sommers ohne jede Verbindung zu sein, wurde eine Kofel-fähre gepachtet und in Betrieb genommen. Es ist zu hoffen, daß sich im kommenden Jahre eine befriedigende Lösung finden wird.

Die Nassauische Bauernschaft zur Lage.

— Limburg a. d. R., 7. Aug. Die Bezirksbauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlar hat zur allgemeinen Lage und zur speziellen Notlage der Landwirtschaft u. a. wie folgt Stellung genommen:

„Deutscher Staat und deutsche Wirtschaft stehen in der schwersten Krise seit Menschengedenken. Schleunigste und radikale Umkehr von den bisherigen Regierungsmethoden, strengste Sparamkeit und Reformen auf allen Verwaltungsbereichen, Pflege aller aufbauenden Kräfte in Stadt und Land, vor allem der Landwirtschaft, Beschaffung von Arbeit und Brot, auch im Wege des Arbeitsdienstes, Pflege echter deutscher Gesinnung, deutscher Treue und Pflichtenfüllung gegenüber dem Volksganzen sind unerlässliche Notwendigkeiten. Schluß mit der Abführung jeglicher Tribute und Pflege des Behrgebankens, das sind alte Landvolksforderungen.“

Unseren Landwirten rufen wir zu, auch weiterhin die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Dazu wird die Landwirtschaft aber nur so fähig sein, wenn sie einen ausreichenden Lohn für ihre harte Arbeit erhält. Die Verwertung der Ernte steht vor der Tür. Von der Regierung verlangen wir Einziehung aller staatlichen Mittel, um eine Preisstabilität zu verhindern. Bei der heutigen Devisenknappheit der Reichsbank darf kein Pfennig mehr für überflüssige Lebensmittelfuhr verwendet werden. Der der Regierung zur Pflicht gemachte Ausgleich zwischen den Preisen landwirtschaftlicher Bedarfsartikel muß herbeigeführt werden. An unsere Landwirte ergoht der Ruf: „Verkauft eure Produkte nicht übereilt, sondern beachtet das Selbsthilfsprogramm des Landbundes. Bringt nur so viel Produkte auf den Markt, als zur Versorgung für eure Betriebe und zur Volksernährung notwendig sind.“

Die Zahlung von Steuern aus der Substanz oder durch Aufnahme von Krediten mit untragbaren Zinslasten lehnen wir ab und fordern, daß die Steuereinzugsstellen des Reichs der Länder und der Gemeinden bei Unmöglichkeit von Steuerzahlungen Stundung zu den bisherigen Sätzen gewähren. Die große vaterländische Not unserer Zeit kann nur durch Festhalten am Landvolksprogramm und durch energische Eintreten für unsere Forderungen überwunden werden. Steht deshalb einig zusammen, hört den Ruf eurer Führer. Nur im gemeinsamen Kampf kann die Freiheit errungen werden.“

Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang.

— Grünberg (Oberhessen) 8. Aug. Donnerstagnachmittag ereignete sich hinter Grünberg auf der Landstraße nach Alsfeld ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Radfahrer. Bei der Karambolage kamen der Motorradfahrer, sein Mitfahrer sowie der Radfahrer zu Fall. Der Fahrer des Motorrads, A. Kühn aus Lindenkruth, trug bei dem Zusammenstoß schwere Schädelverletzungen davon, denen er Freitagfrüh in der Gießener Klinik erlag. Sein Mitfahrer Schmidt aus Gießen erlitt eine Gehirnerschütterung und Verletzungen am Arm. Der Radler kam mit leichten Verletzungen davon.

— Nordenstadt, 7. Aug. Der Bürgermeister hatte die Gemeindevorsteher zu einer Dringlichkeitsitzung auf Donnerstagabend eingeladen. Es wurde beschlossen, die Straßen, welche durch das am selben Tage niedergegangene Unwetter stark gelitten haben, mit Sand usw. wieder in Ordnung zu bringen. — Das Ablesen auf abgeernteten Äckern wurde genehmigt. Das Apfelleiten hingegen untersagt. Weizen wurde noch über den Bullen- und Eberverkauf verhandelt. Lehter wurde am Freitagabend im Rathaus öffentlich zum Verkauf ausgesetzt.

— Oberems i. Ts., 6. Aug. Der allen Taunuswanderern, die sich etwas mit der Geologie des Gebirges befassen, wohl bekannte „Hohesstein“ nordwestlich vom Feldbergtal zwischen den beiden Orten Oberems und Wüstems im Maintaunusfreis wurde zum Naturschutzgebiet erklärt.

**** Uffingen, 6. Aug.** Für den demnächst in den Rubelstand tretenden Dekan Bohris wählte der Kreis Kirchentag Pfarrer Schneider in Uffingen zum Dekan des evangelischen Dekanats Uffingen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kellisch; für Unterhaltung, Sport nachrichten und den übrigen Schriftteil: J. D. H. Kellisch; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornau, sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag: der K. Schellensberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Der Sport des Sonntags.

Zum Deutschlandflug 1931 (11.—16. August).



Einige der bekanntesten Flieger, die an dem 2130 Kilometer langen Flug teilnehmen: Links die Afrikafliegerin Elli Reinhorn; Mitte oben Siebel, Sieger der Abwurfkonkurrenz des Italienrundflugs 1931; Mitte unten Wolf Hirth, der ausgezeichnete Segelflieger; rechts Margarete Fuhmann, die im Kleinsflugzeug einen Welthöhenrekord für Frauen aufstellte.



Karte des Deutschlandflugs, der nach Abwicklung der technischen Vorprüfungen von Berlin über Westdeutschland nach München und am 2. Tag über Wien und Breslau zurück nach Berlin führt.

Fußball.

Die Verbandsspiele beginnen!

Aufmarsch der Hessensliga.

Am 9. August eröffnet der Süddeutsche Fußballverband die Verbandsspielsaison 1931/32. Auch die hessische Gruppe ist startbereit. Sie präsentiert 10 Vereine, nämlich Wormatia Worms, Sportverein Wiesbaden, HSV 1905 Mainz, Alemannia Worms, Viktoria Waldorf, FK. Langen, SV 1898 Darmstadt, Olympia Lorsch, FVgg. Mainz-Kastel, Viktoria Waldorf.

Man trifft also sämtliche vorjährigen Vertreter mit Ausnahme des zur A-Gruppe hinzugeordneten VfL. Neu-Ulm wieder an; zu ihnen gesellen sich noch die drei aufgestiegenen Kreismeister Olympia Lorsch, Viktoria Waldorf und FVgg. Kastel; insgesamt 10 Mannschaften an Stelle der 8 Vertreter im Vorjahre. Titelsverteidiger ist Wormatia Worms, die ihre Meisterschaft nun schon zum viertenmal hintereinander behaupten will. Die Aussichten des Meisters sind auch in diesem Jahre wieder außerordentlich günstig, wenn auch die Elf in Bezug auf Spielfähigkeit nachgelassen hat. Trotzdem dürfte sie heute noch in Hessen kaum auf ernsthaften Gegnerschaft stoßen, da der gefährlichste Rivale aus Neu-Ulm abgewichen ist. Wiesbaden erst im Aufbau begriffen ist und Mainz 1905 trotz beträchtlicher Verstärkungen noch nicht Wormatias Kampfkraft erreicht. Um den wichtigsten zweiten Platz bewerben sich in erster Linie wieder drei Vereine: Mainz 1905, Alemannia Worms und SV. Wiesbaden. Die Mainzer sehen mit großen Hoffnungen den kommenden Kämpfen entgegen. Uns scheint die Elf, nach ihrem letzten Gastspiel in Wiesbaden zu urteilen, bei weitem nicht meisterschaftstauglich zu sein, wir halten sie aber augenblicklich für stärker als Alemannia und Sportverein, die zur Zeit keine Angriffsschancen mit sich ausgezeichnetem Schußvermögen, wie jene der Mainzer, ins Feld zu stellen in der Lage sind. Alemannia Worms, deren sportlicher Ruf durch die betrüblichen Vorgänge beim vorjährigen Treffen gegen SV. Wiesbaden arg ins Wanken geriet, hat nach Verstärkung durch die Wormatier Kiefer und Ebert abermals eine typische Kampfmannschaft zur Stelle, die zu Hause kaum zu bezwingen ist. Der Papierform nach gelten Mainz 1905 und Alemannia mit sicherem Vorsprung vor dem SV. Wiesbaden als Favoriten für den 2. Platz, doch scheint es, als habe man vielerorts die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der SV. Wiesbaden ist nämlich zur Zeit noch die umkrittendste Mannschaft der Gruppe. Er geht mit seinem einheimischen alten Spielermaterial ins Geleitz, zuverlässlich auf sein Können und das Fußballglück vertrauend. Nach den ersten Saisonresultaten sind seine Aussichten so gerade nicht rosig zu nennen. Die Elf erscheint in manchen Teilen noch jugendlich unfertig und der Abgang einiger Kanonen ist immer noch nicht verheerend worden. Es gibt daher viele Schwarzseher im Wiesbadener Lager. Wir teilen diesen pessimismus nicht, glauben aber bei vorsichtiger Schätzung der derzeitigen an und für sich nicht übermäßig großen Spielstärke der Gruppe, daß der SV. einen der oberen Mittelplätze, wenn nicht vielleicht eine noch etwas bessere Position erreichen kann. FK. Langen und Viktoria U. de. r. a. haben in den Privatspielen mit nur läglichem Erfolg gekämpft. In den Verbandsspielen aber dürften sie eine andere Klinge schlagen und zu Hause manchen Sieg errösten. Für die Platzierung auf den vorderen Plätzen kommen beide Vereine kaum in Frage. SV. 1898 Darmstadt wäre ohne die Neueinteilung abgestiegen, auch hätte die Elf bei den Aufstiegsspielen, in die sie als Verteidiger nicht eingezugreifen brauchte, nochmals mächtig glück. Sie wird auch in der neuen Saison wieder hart zu kämpfen haben, da in den Neulingen aus Lorsch, Kastel und Waldorf eine verhältnismäßig starke Gegnerschaft auf den Plan getreten ist. Gerade Olympia Lorsch, deren Kampfmannschaft die Wormser Ede erheblich verstärkt, muß auch von unseren Spitzenvereinen sehr ernst genommen werden. Auf eigenem Platz wird sie dank einer ungemein soliden Hintermannschaft nur geringe Punkterluste erleiden. FVgg. Kastel, der bekannte Gegner des SV. und HSV 1905 Mainz aus den ersten Jahren der Nachkriegszeit, profitierte erheblich durch den Zuzug des Trainers und Spielers Rodmann vom VfL. Neu-Ulm und nicht zuletzt durch die Wiederkehr Hessers. Die Elf wird sich sicherlich mit Erfolg in der 1. Klasse schlagen und behaupten können. Viktoria Waldorf dürfte über einen der letzten Plätze kaum hinauskommen, zumal der Verein zu Beginn der Verbandsspielzeit mit einer zweimonatlichen Platzsperr bestraft wurde. Selbstverständlich darf auch sie nicht unterschätzt werden, wie überhaupt sämtliche Landesvereine auf eigenem Gelände ein schwer zu nehmendes Bollwerk bilden.

Morgen Sonntag stellen sich nun die Vereine wie folgt zum ersten Gang gegenüber:

Gruppe Hessen:

Worms: Wormatia — SV. Wiesbaden!
Mainz: HSV 1905 — Viktoria Waldorf.
Langen: FK. — Viktoria Waldorf.
Lorsch: Olympia — Alemannia Worms!
Darmstadt: SV. 1898 — FVgg. Kastel.

Ein machtvoller Auftakt! Es ist natürlich schwer, etwas über den mutmaßlichen Ausgang dieser Kämpfe zu sagen, da man über die tatsächliche Form der einzelnen Vereine nach der langen Sommerpause noch nicht genügend unterrichtet ist.

Im übrigen Süddeutschland

beginnt gleichfalls die Punktejagd. Die wichtigsten Begegnungen seien genannt: SpVgg. Griesheim — Eintracht Frankfurt, Kickers Offenbach — VfL. Neu-Ulm, VfL. Juffenhäuser — 1. FK. Würzburg, 1. FK. Nürnberg — VfL. Fürth, HSV. Nürnberg — HSV. 1904 Würzburg, HSV. Ulm — Bayern München, VfL. Kiedarau — SpVgg. Sandhofen, VfL. Saarbrücken — Sportfreunde Saarbrücken.

Ein bedeutendes Privatspiel findet am Sonntag in Berlin zwischen dem deutschen Fußballmeister Hertha BSC. und seinem großen Endspielgegner 1860 München statt. Tags darauf spielt Hertha BSC. in Nürnberg gegen den 1. FK. In Bern steigt der Länderkampf Schweiz — Österreich.

Spiele Wiesbadener Mannschaften.

SV. Nassau empfängt am Sonntagmittag um 4 Uhr auf dem Sportplatz an der Gersdorffstraße (Exerzierplatz) die 1. Elf des FK. Dettich. Die Gäste stellen eine äußerst spielfähige Vertretung ins Feld, so daß mit einem spannenden Treffen gerechnet werden kann. Vorher, um 2 Uhr, stehen sich die 2. Garnituren beider Vereine gegenüber. Sportvereins Pokalfußball beginnt sich mit Lehr; Köhler, Hirschberg; Huppert, Ammerbacher, Lwele; Edel, Schmitt, Breitwieser, Diefenbach, Reichert zur Olympia U. de. r. a. und wird gegen den Kreisligisten schweren Stand haben. Abfahrt 12.50 Uhr. Sportvereins 2. Mannschaft weist am Sonntag in Etouille bei der 1. Elf der dortigen SpVgg. Abfahrt um 12.50 Uhr. — Der FK. Sonnenberg-Kamach spielt am Sonntag, vormittags 10 Uhr, in Dohheim gegen den Kreisliga-Neuling SV. 1910 Dohheim. Für die Fußballvereiner gilt dieses Spiel als Feuerprobe für die bevorstehenden Punktspiele.

Deutsche Turnerschaft.

Sommerpielermeisterschaften im Mittelrheintal.

Im Frankfurter Stadion werden am Samstag und Sonntag die Spielermeisterschaften des Kreises 9 der DT. im Fußball, Schlagball und Schleuderball durchgeführt. Folgende Teilnehmer wurden nominiert:

Fußball der Männer: Tgd. Worms, TSB. Stromberg, Licht-Luftbad Frankfurt a. M., Tgd. Schaffenburg, MTV. Saarbrücken, Tu. Herborn, Tu. Gießen, Tu. Naheim, Tu. Schaffhausen, Tu. Gils.

Turner (33—39 Jahre alt): Schupo Hanau, Tu. Pfungstadt, Turnerbund Wiesbaden, Tu. 1848 Saarbrücken, Tgd. Friedberg, Tu. Wombach, MTV. Dudweiler. — Turner (40 Jahre und älter): Licht-Luftbad Frankfurt a. M., Tgd. Worms, Tu. Pfungstadt, Tu. 1848 Saarbrücken, Tu. Algen, Tu. Homburg, Jahn Tiefenstein.

Fußball der Frauen: Tgd. Worms, Tgd. Darmstadt, Tu. 1848 Saarbrücken, MTV. Gießen, Turnerbund Wiesbaden, MTV. Saarbrücken, Tgd. Koblenz, TGSV. Frankfurt a. M., Tu. Diez.

Schlagball (Männer): Turnerbund Wiesbaden, Tu. 1860 Frankfurt, Tu. Gils, Tu. 1848 Saarbrücken, Tu. Vierschied, Schlagballverein Saarbrücken.

Schleuderball (Männer): Tu. 1875 Bad Ems, MTV. Saarbrücken.

Die besten Aussichten für die diesjährigen Meisterschaften dürften folgende Vereine haben: Licht-Luftbad Frankfurt a. M., MTV. und Tu. 1848 Saarbrücken, Tgd. Worms, MTV. und Schlagballverein Saarbrücken.

Schwimmen in der DT.: Bei den diesjährigen Mittelrhein-Schwimmermeisterschaften der DT. in Kirm gelang es der Tgd. Darmstadt mit der 4x100-Meter-Krautstaffel in 8:21 Min. einen neuen D.T.-Rekord aufzustellen. Außerdem konnten verschiedene Kreisbestleistungen erzielt werden, so von Hagedorf-Offenbach mit 3:11,2 Min. auf der 200-Meter-Bruststrecke und mit 1:24,6 Min. auf der 100-Meter-Bruststrecke. Das Endspiel um die Kreismeisterschaft im Wasserball gewann Tgd. Darmstadt mit 4:0 gegen die St. Johanner Tisch, die bereits im Endspiel mit 1:5 das Nachsehen hatte. Das Entscheidungsspiel um den Abstieg entschied Tu. 1848 Saarbrücken mit 8:2 gegen die Tgd. Worms zu seinen Gunsten.



Das fliegende Auto.

Ein packendes Trainingsbild von der Brookland-Bahn. Auf der Brookland-Bahn bei London werden die schnellsten Autogeschwindigkeiten von Rennwagen gefahren. Dabei ereignet sich oft in hohen Kurven, daß die dahinschwebenden Wagen nur noch mit einem Rade den Boden berühren und gleichsam durch die Luft zu fliegen scheinen.

Abenteuer in USA

Von Mormonen, Indianern und geschiedenen Frauen.

Als Vagabund im Wilden Westen. / Von Karl Ey.

13. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ich hätte trotzdem abgelehnt, wenn mir nicht in diesem Moment ein Gedanke aufgeblüht wäre: dort lag der schlafende, unbewachte Tommy, der ungefähr die gleiche Größe hatte wie Lea. Ich malte mir die Überraschung des alten Mormonen aus, wenn er morgen die Verwachsung entdeckte. Überdies hatte ich mein Ziel als Salt Lake City angegeben, aber Lea wollte das Auto nach Toolo nehmen. Die Chancen waren 5:5, daß die Flucht glücken würde.

„Gehen Sie dort in die dunkle Ecke“, sagte ich zu dem Mädchen, „und legen Sie die Oberkleider ab. Auch die Schuhe, die Sie verraten würden. Ich werde hier diesem Schläfer seinen Anzug ausziehen und Ihnen die Stühle zuwerfen.“

Schnell hatte ich den grunzenden Tommy von seinem Rod, Hufe und Schuhen befreit und die schauerhaft zerfetzten Sachen dem Mädchen zugeordnet, das mir aus der Dunkelheit einen Interdum und das Kaltschweiß entgegenstreckte.

Ich mußte fast ein Lachen unterdrücken, als ich diese Gewänder dem wie ein Lotos daliegenden Engländer überstreckte. „Hier in der Ecke sind Geldscheine“, flüsterte Lea, die jetzt in der Dämmerung trat und mir die roten gab, welche ich beim Auto Tommy geschenkt hatte.

Ich legte dieses Geld neben den Schlafenden. „Sie kennen den Weg?“ fragte ich Lea leise.

Das Mädchen ergriff mich bei der Hand und zog mich vorsichtig aus der Brennerei heraus. In wenigen Schritten waren wir auf der Chaussee, die wir eilig ein Stück hinausfuhren, um möglichst weit von Kanus-Farm einsteigen zu können.

Ein fernes Summen deutete ein Auto an und Lea sagte mir: „Stellen Sie sich mitten auf den Weg und winken Sie mit den Armen.“

Das große Postauto hielt, wir stiegen in den völlig leeren Wagen, dessen Verdeck aber hoch mit Postkisten und Paketen besetzt war.

„Wann sind wir in Toolo?“ fragte ich den Fahrer.

„Wegen Mittag, wenn's gut geht.“

„Wenn's gut geht...“, mußte ich jetzt auch denken, als ich mich neben Lea niederlegte, die in Tommys Kleidern mit der ledigen, über das Haar gezogenen Kappe einen furchtbaren Eindruck machte.

Wohl eine Stunde fuhren wir schweigend dahin. Rattes Licht kündete bereits den strahlenden Sonnenaufgang an... Dann brachen goldene Strahlen zitternd durch das milchige Grau...

Und dann stand ich impulsiv vom Sitz auf, als ob ich mich zu Tür stürzen wollte und stieß einen scheußlichen Fluch aus, daß mich Lea ganz verblüht an den Armen faßte...

Ich hatte die goldene Platte vergessen...

Die letzte Grenze.

Der wilde, wellige Westen ist wiedererkennen, mitten in der Wüste im nördlichen Teil des Staates Nevada. Die Grenzstränge, wie wir sie alle aus den Büchern unserer Jugend kennen, sind auch im heutigen Amerika nicht tot.

Nicht das Wild-West nach Chicagoer Muster ohne Wert mit Maschinengewehrschüssen, Nichterbeschungen und Banditenkämpfen, sondern der romantische Westen, dem wir hin und wieder noch im Kino begegnen und der alle die handelnden Personen in Fleisch und Blut aufweist, welche sonst nur als Schatten über die Leinwand huschen oder ihr papierenes Wesen in den Seiten zerlesener Schmöker treiben.

Alles ist heute wiedererkennen: der Glücksspieler mit dem gewichenen Schnurrbart, der hemdbärmelige Scheriff mit dem blinkenden Silberstern der Autorität auf der offenen Weste, die bemalten Frauen mit den feurigen Augen und dem harten Mund, die schweigenden Indianer in ihren bunten Decken, die Evangelisten, die Glücksjäger und die Greenhörner...

Toolo, Nevada, ist die Szene dieser Wiedergeburt abenteuerlicher Romantik.

Vor Monaten noch ein tristes Wüstenstädtchen, dessen breitaufende Einwohner sich trüge in der Sonne rälleten, und dessen einzige Verbindung mit der großen Welt der finkende Schienenstrang war, auf welchem der Pacific-Express zweimal am Tage hochschnalend vorbeistrafte und nur der Abendzug aus Coraon City achtmalig feuchend zwei Minuten hielt, braust heute Toolo über von einem bunten, schäumenden Leben.

Aber Nacht wachen ganze Straßenzüge von Bretterhäusern aus dem Wüstenland hervor, Hammerhämmer hallen, Sägen kreischen, Rüstautomaten ramentern, Schiffe zerreißen die glastige Luft.

Auch der „Arizona Rider“ ist in neuer Form erstanden, denn wo vor Monaten noch ein Wochenblattchen den Lesungen der Bewohner füllte, da führen heute drei Tageszeitungen — auf wackligen Schnellpressen hergestellt — den stolzen Untertitel: „Leading Paper of the fastest growing city in the world“ (Führende Zeitung der am schnellsten wachsenden Stadt der Welt).

Wie bei allen Städten, die wie Wölfe nach einem milden Septemberregen aus der Erde schießen, liegt auch dem immerwährenden Aufbruch Toolos das Gold zugrunde. Nicht das jungfräuliche Gold, das aus dem trägen Hügelkamm herausgewaschen werden kann oder in zerklüfteten Felsenreihen wartet, um seinen Unglücksberg durch das menschliche Dasein anzutreten, sondern das glänzende gemünzte Gold mit dem fliegenden Adler Uncle Sams auf der Rückseite, geprägtes Gold, das Männer zu Heiden oder Schurken macht, und das Frauen bedrückt, ihr Herz zu verkaufen.

Toolo kennt genau die Menge des Goldes, die seiner wartet. Hundert Millionen Mark sind es, die im Laufe eines Jahres in die Taschen der Bewohner fließen werden, denn diese Summe hat die amerikanische Bundesregierung bewilligt, um hier einen gigantischen Damm zu bauen, ein künstliches Irrigationsystem, das Tausende von Meilen kulturbefähigten Wüstenlandes bewässern und zu blühendem Land machen soll.

Ununterbrochen erhält Toolo Zugang. Täglich treffen neue Scharen ein, die Arbeit, Land, Geschäft oder Romanität suchen. Sie kommen in Automobilen, von den teuersten Limousinen bis zum Ford, sie kommen auf staubbedeckten Ponies, auf Motorrädern, in Ochsenkarren, im Flugzeug und mit dem Express, der aus Toolo längst einen wichtigen Halteplatz gemacht hat.

Und mit ihm kommen die Glücksspieler, die Grandbäckspetulant, die Ingenieure, die Vernehmer und die Schankwirte. „Salons“, die dreißig das Alkoholverbot übertreten, sind unter den alten Namen „El Dorado“, „Last Chance“ und „Broadway Nights“ entstanden und schenken das Gläsern Whisky zu einem Dollar aus. Kinomachinen summen in Jettistheatern, Tanzhallen und Spielräume sind Tag und Nacht weit geöffnet.

Und dann die Frauen... In kurzen Lederhosen, mit brennend roten Nägeln um den sonnengebräunten Hals, den großen Sombrero auf dem leeren Kopf und Seidenstrümpfen an den schlanken Beinen sehen sie lustig und lässig aus, wie wir sie aus den Filmen her kennen, wenn Tom Mix in gestrecktem Galopp in die Goldgräberstadt reitet, um seinen Schatz zu erretten aus den Klauen der Briganten.

Grundstücksagenten in smarten Kets Vorleser Kleidung feden Baupläne ab, die oft zehnmal am Tage den Besitzer wechseln. Enorme Holzschilde hängen bereits an, wo eine Bank, eine Kirche, ein Hotel errichtet werden soll.

Witten im Wüstenland lesen wir auf Pappstafeln die mit Blaustift geschriebenen Straßennamen, denn mit Hilfe der Goldgrube aus Ouel Sams Münze hofft man, daß hier in wenigen Jahren eine moderne Großstadt entstehen wird, die Metropole eines üppigen Obstaubegebietes mit geregelter Stadtverwaltung, Gerichten, Gefängnissen, Handelskammern, Postenstationen und Armenhäusern.

Heute aber geht mit den betörenden Gestalten der Comboys, Glücksspieler, Indianer und Abenteuerinnen noch die lebendige Romantik durch die lärmenden Straßen der großen Bretterstadt, bis sie einst den Grenzertypen, die von Gott weiß woher nach Toolo gekommen sind, folgen wird, wenn diese wieder verschwinden oder sich umstellen, wenn der Evangelist nicht mehr an den Straßenecken, sondern in prunkvollen Kirchen predigt und der Glücksspieler seine Roulette mit dem einträglichen Dazardspiel der amerikanischen Politik vertauscht hat.

(Fortsetzung folgt.)

Neuer Kampf für Philipp Halsmann.

Immer neue Entlastungsmomente für den angeblichen Vatermörder.

Das Interesse für den Justizfall des Rigaer Studenten Philipp Halsmann, der am 10. September 1928 angeblich seinen Vater auf einer Fußwanderung durch die Alpen ermordet hat, ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Zweimal wurde Halsmann von den Geschworenen zunächst des Mordes und dann des Totschlages schuldig gesprochen. Bei dem letzten Urteilspruch waren nur 7 Geschworene für eine Verurteilung, 5 dagegen befanden seine Unschuld. Halsmann mußte ins Zuchthaus. Schon wenige Monate nach seinem Haftbeginn plädierten 10 Geschworene für seine sofortige Entlassung. Sie wurde erst nach fast neunmonatlicher Kerkerrast angeordnet. Aber auch jetzt ruhte der Kampf um Halsmanns Unschuld nicht. Sein Verteidiger, Dr. Kuzida, beabsichtigt in diesen Tagen, die Neuauflassung des Prozesses zu beantragen, da nach seiner Überzeugung als Mörder ein gewisser Schneider in Frage kommt.

Der die Halsmann-Prozesse vor Jahren verfolgte und die Briefe las, die Halsmann aus der Haft an eine Freundin schrieb und die von dem Mädchen ohne sein Wissen veröffentlicht wurden, wird immer mit starkem Interesse die Aufklärung dieses seltsamen Justizfalles verfolgen. Es ist ganz zweifellos, daß die Geschworenen und die Sachverständigen während der Gerichtsverhandlungen groben psychologischen Irrtümern erliegen, daß sie Schlüsse zogen, wo sie niemals einen Menschen aburteilen durften. Wahrscheinlich trug das Äußere des Angeklagten dazu bei, der kurzgig, blaß und fanatisch auf sein Recht bestand und den Innsbrucker Bauernschöffen derb seine Meinung sagte.

Die neue These seines Verteidigers geht darauf hinaus, daß man mit derselben Beweislast einen Indizienbeweis gegen einen gewissen Schneider konstruieren kann, wie gegen Halsmann. Dieser Schneider hatte sich bereits einmal als Mörder denunziert, war aber dann juristisch schuldig und hatte ein Alibi beibringen können. Dr. Kuzida untersucht dieses Alibi Punkt für Punkt und beweist seine Bodenständigkeit. Entgegen den früheren Behauptungen Schneiders erscheint es sehr wahrscheinlich, daß seine erste Darstellung des Mordes richtig war, und tatsächlich der Vater Halsmanns von Schneider aus einem Gebüsch mit einem Stein beworfen und zum Abstieg gebracht wurde. Der Fall Halsmann ist nach der Darstellung Kuzidas noch nicht beendet. Eine Wiederanstellung des Verfahrens ist im Interesse der Rehabilitierung eines Unschuldigen durchaus berechtigt.

Tigerjagd an Bord.

Eine aufregende Geschichte.

Die aufregende Geschichte von einer Tigerjagd an Bord eines Schiffes erzählt der Oberingenieur des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Lahn“, als das Schiff im Londoner Hafen anlegte. Der Dampfer, der außer der Mannschaft 16 Passagiere an Bord hatte, brachte einige Tiger von Singapur nach Europa; sie befanden sich in vier getrennten Käfigen auf dem unteren Deck. „In den Nachtstunden, kurz bevor wir Marseille erreichten“, berichtet der Oberingenieur, „gelang es einem der Tiger, einem „Menschenfresser“, von dem etwa 1,40 Meter Höhe und 2 Meter Länge, sich aus seinem Käfig zu befreien, indem er die Holzschalung mit seinen mächtigen Zähnen zerschlug. Ein Matrose, der gerade von der Wache zurückkam, befand sich dem Tier in der

Dunkelheit plötzlich gegenüber. Er dachte zunächst, es sei der Schiffshund, rief ihm bei Namen, und als das Tier herankam, streifte er es. Man kann sich sein Entsetzen vorstellen, als er entdeckte, daß es ein Tiger war. Der Mann rannte fort, aber die Bestie setzte hinter ihm her, packt ihn am Handgelenk und riß ihm das Fleisch bis zum Knochen heraus. Er entkam, und der Offizier auf der Landungsbrücke teilte uns telefonisch mit, daß wir uns in den Kabinen halten sollten. Als es einige Stunden später heller wurde, guckte ich aus meiner Kabine heraus und sah den Tiger herumstreifen. Unterdessen hatten sich die Offiziere und Mannschaften der Wache mit Revolvern und Gewehren bewaffnet, machten auf das Raubtier Jagd und, als sie es zwischen zwei Lufen entdeckten, erschossen sie es. Vorher war der vierte Offizier von dem Tiger angegriffen worden, aber mit einigen Kratzwunden davon gekommen. Das Tier war in einen Raum eingedrungen, in dem einige Matrosen Affen in Kästen hielten, hatte einige dieser Kästen entzweigeschlagen und vier Affen gefressen.

Ein Förster erschießt einen Primaner. In Bohren geriet, wie aus Essen gemeldet wird, der Förster Eichhoff mit dem Besitzer Buhmann und seinem Sohn, einem Primaner, in einen Streit, in dessen Verlauf der junge Buhmann getötet wurde. Zwischen den Familien Buhmann und Eichhoff bestand seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis, da der Förster Verdacht hegte, daß Buhmann wildere. Als Eichhoff heute das Grundstück des Buhmann durchqueren wollte, geriet er mit diesem in einen Wortwechsel. Der Förster gab mehrere Schüsse ab und traf dabei den Primaner Buhmann tödlich.

Schweres Bootsunglück auf dem Bodensee. — Vier Todesopfer. Von Passagieren des Kurzdampfers Friedrichshafen-Konstanz wurde am Freitagnachmittag in der Nähe von Immenstaad ein Ruderboot gesehen, das auf dem Bodensee ohne Insassen trieb. Die sofort ausgesandten Nachforschungen ergaben, daß eine Familie Hamann, deren Kraftwagen in Immenstaad herrenlos fand, das Ruderboot gemietet hatte, um eine Fahrt auf dem See zu machen. Die Suche nach den Verunglückten blieb zunächst erfolglos. Erst gegen 19 Uhr wurde die Leiche der 46 Jahre alten Frau Hamann bei Fischbach aus Land gespült, während die von Vater, Sohn und Tochter noch nicht geborgen sind. Über die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

Die beiden Hagenower Bankräuber verhaftet. Die beiden Hagenower Bankräuber konnten in der Nähe der Ortschaft Dannenberg verhaftet werden. Es handelt sich um den 22-jährigen Kantoristen Ribes und den 21-jährigen Kaufmann Hans Mohr. Die beiden Verbrecher stammen aus Lübeck. Es wurden bei ihnen noch 1916 Mark vorgefunden. Sie haben also von dem geraubten Geld kaum etwas verbraucht.

Zwei Reichsdeutsche am Finsterhorn abgetötet. Aus Interlaken wird berichtet: Zwei reichsdeutsche Touristen unternahmen am Freitag ohne Führer einen Aufstieg auf das Finsterhorn. Während des Aufstieges begegneten sie sich mit einer zweiten Partie, die einen ähnlichen Weg auf das Finsterhorn einschlug, aber mit Führer ging. Als diese Gruppe wieder zur Konföderation zurückkehrte, mußte der Führer feststellen, daß die beiden Reichsdeutschen noch nicht wieder eingetroffen waren. Er veranlaßte sofort den Hüterwart, auf die ausstehende Partie Acht zu geben und machte gleichzeitig auf dem Jungfraujoch Meldung von dem Ausbleiben der Touristen. Der Hüterwart suchte sodann

mit dem Glas die Aufstiegsroute auf das Finsterhorn ab und konnte dabei feststellen, daß die beiden abgestürzt waren und am Fuße des Finsterhorn auf dem Gletscher lagen. Die Namen der Verunglückten sind nicht bekannt.

Mit knapper Not dem Tode entronnen. Aus St. Gallen wird gemeldet: Bei Arbeiten für Elektrifizierung der Bodensee-Loggengurg-Bahn sind im Wasserfuh-Tunnel bei der Station Lichte in 42 Arbeiter fast gefahrdet worden. Die Kolonne war gegen 49 Uhr abends in den Tunnel eingedrückt, um die während der Verlehrsstunden unterbrochenen Arbeiten fortzusetzen, wurde jedoch durch zurückgebliebene Rauchgase derartig in Mitleidenhaft gezogen, daß zunächst nur ein einziger Arbeiter in völlig erschöpftem Zustand das Tunnelende erreichte und Alarm schlagen konnte. Bis zum Eintreffen der Rettungsmannschaften konnten sich noch einige weitere Arbeiter mit Aufbietung ihrer letzten Kraft in Sicherheit bringen. Der weitaus größte Teil mußte jedoch durch die Rettungsmannschaft geborgen werden. Sämtliche Erkrankte haben sich inzwischen wieder erholt.

Fünf Tote bei einem Eisenbahnunglück in Polen. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Freitag 14 Kilometer vor Bielyskol. Ein Personenzug, der von Warschau nach Baranowice fuhr, blieb auf freier Strecke stehen, um einen Wagenschaden zu beheben. Das Ende des Zuges wurde durch rote Lichter kenntlich gemacht. Da jedoch der Stellenwärter keine Kenntnis davon nahm, daß der Zug wartete und dem D-Zug Warschau-Jemgale freie Fahrt gab, fuhr dieser einige Minuten später eintreffende Zug in voller Fahrt auf den haltenden Zug auf. Die D-Zug-Lokomotive zertrümmerte 2 Wagen des Personenzuges, wurde dann selbst durch den Anprall zurückgeschleudert und stürzte, einen Wagon mitreißend, die Böschung hinab. Fünf Personen wurden getötet und etwa 25 Personen verletzt, eine von ihnen lebensgefährlich. Der Stellenwärter der Station Rapa wurde verhaftet, da er sich von der Durchfahrt des Personenzuges hätte überzeugen müssen, bevor er dem D-Zug die Weiterfahrt gestattete.

Was eine Mutter erträgt. Amerikanischen Blättermeldungen zufolge hat eine Frau in Newark im Staate New Jersey, die vor einem Jahre bei einem Automobilunfall angefahren worden war, trotz erheblicher Kopfverletzungen, an denen sie seit dieser Zeit litt, ihre Arbeiten im eigenen Haushalt fortgesetzt und außerdem noch sich durch Arbeiten als Zugesfrau Geld verdient, um ihre drei Kinder zu ernähren. Zu einer Behandlung durch den Arzt fehlte ihr sowohl das Geld als auch die Zeit. Vor einigen Tagen erlitt die Frau einen Ohnmachtsanfall und es stellte sich, nachdem man sie in ein Krankenhaus gebracht hatte, heraus, daß sie bei ihrem Unfall vor nahezu einem Jahr einen Schädelbruch erlitt, der für sie furchtbare Qualen bedeutet haben muß und jetzt wahrscheinlich zum Tode der Frau führen wird.

Schiffahrt.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie (Austral- und Kosmos-Linien).

Nach der Westküste Nordamerikas (Gemeinschaftsdienst Hapag/Lloyd): D. „Schwaben“ (Lloyd) 12. 8. M. S. „Vortland“ (Hapag) 19. 8. M. S. „Los Angeles“ 29. 8.

Nach Cuba: D. „Sesostria“ 29. 8.

Nach Mexiko (in Gemeinschaft mit der Ocean-Linie): M. S. „Rio Yancu“ (Ocean) 18. 8. D. „Sesostria“ 29. 8.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Erst Politik, dann Wirtschaftlichkeit. — „Finanzielle Einheitsfront“. — Golddeckung oder Noten-umlaufregelung? — Darniederliegender Hypothekensmarkt. — Überbesteuerung.

Frankreich benutzt, wie an dieser Stelle in mehreren Beispielen gezeigt wurde, seine Kapitalmacht zur Erreichung der politischen Ziele. Dies konnte auch in der vergangenen Woche wieder an einem sehr interessanten Beispiel festgestellt werden.

Obwohl in England der Diskontsatz auf 4½ Prozent erhöht wurde, zogen die französischen Gläubiger ihre Kredite vom Londoner Platz weg und legten die Beträge zum Teil in Holland an, wo höchstens 2 Prozent erzielt werden konnten.

Nur mit politischen Beweggründen kann eine solche unwirtschaftliche Politik erklärt werden, daß Geld aus einem Land, wo es gesucht ist und günstige Zinsen bringt, nach einem anderen gegeben wird, wo es bereits im Überfluß vorhanden ist und kaum noch eine Rente bringt. Diese Vorherrschaft politischer Momente ist eine der wichtigsten Ursachen, daß heute der internationale Kapitalausgleich nicht mehr funktioniert, daß Angebot und Nachfrage sich nur noch innerhalb einzelner Länder, dagegen nicht mehr innerhalb ganz Europas oder der Welt auswirken können. Die Folgen zeigen sich am deutlichsten in den so

außerordentlich verschiedenen Diskontsätzen, die zwischen 1½ und 15 Prozent schwanken, also im geldarmen Lande das zehnfache des niedrigen Diskontsatzes erreichen.

Um einige Beispiele zu nennen: es beträgt der Wechselkurs zu Paris zu New York 1½ Prozent, Frankreich, Holland und Schweiz 2 Prozent, Belgien 2½ Prozent, England 4½ Prozent, Tschechoslowakei 5 Prozent, Italien 5½ Prozent, Spanien 6½ Prozent, Südafrika, Polen und Portugal 7½ Prozent, Rumänien 8 Prozent, Ungarn und Griechenland 9 Prozent, Österreich 10 Prozent und Deutschland 15 Prozent.

In Frankreich wird jetzt mit Befriedigung darauf hingewiesen, daß die „finanzielle Einheitsfront“ erreicht sei. Damit wird offen zugegeben, daß die bis in die letzten Tage dauernden Kreditzurückziehungen und Goldabzüge aus London den ehemaligen Bundesgenossen wieder außer Acht gelassen. Die „Bank von Frankreich“ hat jedoch der „Bank von England“ einen Kredit in Höhe von 4 Milliarden M. gewährt (den gleichen Betrag stellte die „Federal Reserve Bank of New York“ zur Verfügung). Bis zu dieser Summe können von England Wechsel gegeben werden, die mit nur 3½ Prozent diskontiert werden. Es handelt sich also um billiges Geld, das jetzt England erhalten soll, nachdem es in den letzten Wochen mit Hilfe der modernen Geld- und Kreditpolitik mühe gemacht worden war. Zweifellos wurden neben dem eigentlichen Kreditabkommen auch politische Zugeständnisse gefordert und gewährt, denn selbst ein großes französisches sozialistisches Blatt schrieb jetzt:

„In Zukunft wird die britische Regierung die französische Politik nicht mehr durchkreuzen.“

Diese Entwicklung, die zu der finanziellen Einheitsfront Frankreich-England-Amerika führte, läßt wenig Hoffnung übrig, daß Deutschland eine internationale Hilfe erhalten kann, ohne sich erst mit Frankreich zu einigen. Die französische Politik hat zweifellos einen großen Sieg errungen, demgegenüber die deutsch-englische Annäherung der letzten Wochen keine praktische Bedeutung mehr hat.

Die Deflation, die sich augenblicklich in Deutschland besonders scharf auswirkt, beruht auf der durch die internationalen Goldverschleppungen (einseitige Reparationszahlungen!) hervorgerufenen Geldverknappung. Es ist bereits in den Wochen des schlimmsten Zahlungsmittelmangels die Frage aufgeworfen worden — ohne richtig zur Diskussion zu kommen —, ob es denn tatsächlich notwendig sei, daß ein bestimmter Prozentsatz (40 Prozent oder 33½ Prozent) der umlaufenden Noten mit Gold (oder Devisen) gedeckt sein muß. Dabei wurde bereits daran gedacht, daß doch auch die Umlaufgeschwindigkeit der Noten eine Rolle spielt und daß zur Zeit bei der sehr verlangsamten Umlaufgeschwindigkeit, die vor allem durch Zurückhaltung von Noten hervorgerufen wurde, eine geringere Notenbedeckung keine Bedenken haben könnte. Der Direktor der „Bank von England“, Sir Basil Blackett, hat nach einer englischen Zeitung kürzlich zu diesem Problem Stellung genommen und folgendes erklärt:

Die Völker glauben noch immer, das Gold müsse vorhanden sein, zur Deckung von Noten, daß theoretisch zumindest die Banknoten immer in Gold umwandelbar sein müssen und daß das beste Umlaufsmittel die Goldmünzen seien. Jede dieser Ansichten ist jedoch völlig unbegründet. Der einzige richtige Weg, das Zahlungsmittel einer Nation gesund und stabil zu halten, ist, darauf zu achten, daß in jedem Augenblick die im Umlauf befindliche Notenmenge weder zu groß noch zu klein ist für die Ansprüche jener Arbeit, die sie zu leisten hat.

Die umlaufenden Noten müssen vermehrt oder verringert werden, nicht im Verhältnis zu den irregulären Schwankungen in der Goldversorgung, sondern so, daß das Niveau der Preise stabil bleibt.

Die Entwicklung des Geldmarktes, die ihren Ausdruck in dem auf 15 Prozent erhöhten Reichsbankdiskontsatz und in — einschließlich aller Speien — über 20 Prozent liegenden Bankkreditzinsen findet, hatte für den Hypothekensmarkt geradezu katastrophale Folgen. Während die Hypothekendarlehen bereits in den Tagen vor der eigentlichen Geldkrise sich von dem Beleihungsgeschäft zurückziehen mußten, da ihre Kräfte an den Börsen zur Regelung der unter dem Verkaufsdruck leidenden Pfandbriefkurse notwendig eingelegt werden mußten, kommt jetzt eine Herabgabe von Hypothekendarlehen gänzlich in Frage. Private Geldgeber, die an sich überhaupt nur einen geringen Anteil an dem langfristigen Hypothekengeschäft haben, scheiden ebenfalls aus, da die Ungewissheit über den Zinsfuß jeden Abbruch von langfristigen Darlehensverträgen unterbindet.

Dieses Darniederliegen des Hypothekensmarktes ist gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt außerordentlich fährlich, da die Umschuldung der Aufwertungshypotheken in neue Hypothekendarlehen, die seit einiger Zeit im Gange war, dadurch für absehbare Zeit unmöglich ist.

Die Mahnung der Hausbesitzerorganisation an ihre Mitglieder, möglichst bald für eine Umschuldung zu sorgen, hat sich als sehr richtig erwiesen. Diejenigen Schuldner von getätigten Aufwertungshypotheken, die auf günstigere Bedingungen warten wollten — was nach der Gestaltung des Hypotheken- und Pfandbriefmarktes in den vergangenen Monaten auch möglich schien —, scheiden jetzt in völliger Ungewissheit. Die Gerichte, die bisher in den Fällen, in denen die Aufnahme einer neuen Hypothek mit Rücksicht auf den Wert des Objektes und den benötigten Betrag angängig

war, Zahlungsstufenanträge ablehnten, entsprachen damit dem Sinn des Aufwertungsschlusses, das nur dem Schuldner eine Frist gewährt wurde, der keine andere Hypothek zur Ablösung der Aufwertungsschuld finden konnte.

Wenn aber heute noch in den Urteilen darauf verwiesen wird, daß die Beförderung einer neuen Hypothek möglich sei, so entspricht dies nicht den Verhältnissen auf dem Hypothekensmarkt.

die selbst für das beste Objekt keine Hypothekendarlehen in Aussicht stellen können. Der Ruf nach einem neuen Aufwertungsmoratorium hat, trotz aller Bedenken gegen eine weitere Verzögerung der Aufwertungsabwicklung, innerhalb derer auch den Gläubigern Rechnung getragen werden muß, seine Berechtigung in den augenblicklichen Verhältnissen. Es hat aber den Anschein, daß man an den maßgebenden Stellen abwarten will, ob sich nicht innerhalb der noch bis zum Jahresende zur Verfügung stehenden Zeit doch wieder ein Umschwung auf dem Geldmarkt vollzieht, der auch in den Hypothekensmarkt wieder Leben bringt.

Die Steuerrhetorik vertritt den alten Erfahrungssatz, daß eine Überbesteuerung sich fiskalisch ungünstig auswirkt, da die damit verbundenen zwangsläufigen Preis-

erhöhungen eine derartige Verbrauchseinschränkung zur Folge haben, daß die erwarteten höheren Steuereinnahmen nicht nur ausbleiben, sondern sich „per Saldo“ sogar eine Minderung der Steuereinnahmen ergibt. Dies zeigt sich sehr klar und deutlich an der Biersteuer.

Während vor dem Kriege ein Hektoliter Bier, einschließlich Steuern, überhaupt nur 18 RM. kostete, beläuft sich heute allein die Biersteuer auf 22 RM. für einen Hektoliter.

wenn die Gemeinden von dem Recht der Biersteuerdoppelung Gebrauch machen. Aus der Statistik der einzelnen Landesfinanzämter geht zudem hervor, daß der Bierkonsumrückgang im Steuerjahr 1930/31 ganz verschieden ist und zwischen etwa 10–30 Prozent schwankt, je nachdem, wie hoch sich die Gemeindebiersteuer stellt. Der Rückgang ist dort am größten, wo die Gemeindebiersteuer am höchsten ist. Gegenüber der Wucht dieses den Verbrauch bestimmenden Momentes sind die früheren Unterschiede im Bierkonsum, je nachdem ob es sich um landwirtschaftliche oder industrielle Gegenden handelt, völlig verschwunden! Während infolge der Überbesteuerung der Eingang aus den eigentlichen Biersteuern kaum gestiegen ist, zeigen sich andererseits die unangenehmen Folgen dieser Richtschnur steuerlicher Grundzüge in Betriebsbeschränkungen, Entlassungen von Angestellten und Arbeitern, in Unterlassungen von anderen Wirtschaftszweigen Arbeit gebenden Anschaffungen und nicht zuletzt in einem Rückgang der anderen Steuern, wie Gewerbesteuer, Einkommen-, Lohnsteuern usw.

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Mit dem Eintritt in den „Kochmonat“ August sind wir dem Herbst ein gutes Stück näher gekommen, denn jetzt sind die Trauben in das Stadium der Reife und der Weiche eingetreten. Die von den Winzern gern gezeigten Morgen- und Abendnebel, die man als „Traubendrücker“ bezeichnet, weil sie mit helfen am Reife- und Weichwerden der Trauben, sind bereits mehrfach in den vergangenen Tagen aufgetreten. Der erste Herbst wird in der Rheinpfalz Mitte dieses Monats erwartet. Es handelt sich hier um die an der Oberhaardt, allerdings in ganz unbedeutendem Maße angebaute Frühtraubensorte Malvare. Der Wein wird gleich als „Federweißer“ verzapft und findet natürlich rasch Absatz. Auch sonst sind die Frühtraubensorten schon sehr gut gedeihen, so daß für die Frühburgunder Weinberge demnächst der Weinbergsschluß erfolgt. Für die Portugieser Weinberge wird er gleichfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen und dann folgt gleich auf dem Fuße auch der allgemeine Schluß. Man kann auch heute noch die Ernteaussichten, im Durchschnitt genommen, als zufriedenstellend bezeichnen. Freilich sind da und dort mehr oder weniger grobe Abgänge zu verzeichnen. Im allgemeinen konnten die pflanzlichen und tierischen Schädlinge niedergehalten werden. Hinzu kommen noch Schäden durch Witterungsunbilden (Hagelwetter usw.). Das alles zusammen gerechnet ergibt die Verminderung des reifen Bestandes, der ursprünglich bestanden hat. Aber das ist ja nicht überall der Fall, und wenn es bei dem bisherigen Schaden verbleiben sollte, dann wird immer noch ein guter Herbst 1931 winken. Auch von der Qualität verspricht man sich etwas. So wie die Entwicklung der Trauben bisher vorangegangen ist, kann man mit einem frühen Herbstbeginn rechnen.

Eine grundlegende Änderung im Weingeschäft wird man bei der augenblicklichen Lage der deutschen Gesamtwirtschaft kaum erwarten können. Mit diesen Sorgen sehen die Winzer jetzt schon der Ernte entgegen und fragen sich, wer ihnen das Produkt mühseligen Schaffens abnehmen wird. Es sind schon Schritte eingeleitet zur Erlangung von Einzelfinanzierungskrediten. Der Deutsche Weinbauverband wird sich mit dieser augenblicklich vordringlichen Frage auf dem bevorstehenden Weinbaukongress Ende August in Bingen zu befassen haben. Die Weinpreise können sich an sich kaum mehr verändern, da sie schon auf der niedrigsten Stufe angelangt sind. Wird diese Grenze nach unten überschritten, dann handelt es sich um Notverkauf und solche müssen die Winzer, weil sie Geld brauchen, tätigen. In allen Weinbaugebieten stößt man auf die „Strauchwirtschaften“ als die hervorstechendsten Zeichen der Abwärtsentwicklung. Der akute Geldmangel und auch der zurückgegangene Fremdenverkehr wirken sich auch für die Strauchwiner ungünstig aus; sie gebrauchen heute länger zum Auskultivieren ihres eigenen Weines als bei besseren Verhältnissen, trotzdem die Ausschüttungspreise recht niedrig sind. —tt—

Konjunkturelle Schrumpfung des Kreditumfanges.

Die Rückbildungen des Auslandes.

Schon etwa seit Mitte des Jahres 1929 ging der Kreditumfang der deutschen Volkswirtschaft parallel zum Abbruch der wirtschaftlichen Tätigkeit zurück. In den letzten 12 Monaten vor Ausbruch der Kreditkrise betrug der Zugang an Langkrediten nur noch 5,0 Milliarden M. gegenüber 5,7 im Zeitraum Juni 1929 bis Juni 1930 und 7,4 Milliarden M. in den Monaten Juni 1928 bis Mai 1929. Noch scharfer war die Schrumpfung bei den Kurzrediten. Die bankmäßigen Kurz-kredite haben sich in den letzten 12 Monaten vor dem Ausbruch der Krise um 1,2 Milliarden M. vermindert, während sie in den beiden vorhergehenden Jahren noch um 1,3 Milliarden M. bzw. 2,9 Milliarden M. zugenommen haben. Der gesamte Kreditzuwachs ist in den letzten 12 Monaten vor dem scharfen Kreditabbruch auf rund 3,8 Milliarden M. zusammengeschmolzen, während er in den beiden vorhergehenden Jahren noch 6,9 bzw. 10,3 Milliarden M. betrug. Diese Entwicklung ist besonders auf die geringe Aufnahmefähigkeit der aus- und inländischen Emissionsmärkte und die konjunkturelle Minderung der Kreditnachfrage zurückzuführen. Sie wurde durch die Kreditabziehung des Auslandes jäh unterbrochen, und dadurch konnte sich auch die Anpassung der Kreditwirtschaft an die Depression nicht organisch vollziehen.

Durch die Kreditrückbildungen des Auslandes sind nach Mitteilung des Instituts für Konjunkturforschung der Banken Mittel entzogen worden, die sich in der Größenordnung von 3 Milliarden M. bewegen. Dazu kommen noch die Kreditorenverluste, die durch die Abziehung inländischer Einlagen entstanden sind und die bei allen Depoziteninstituten insgesamt an einen Betrag von 1,8 Milliarden M. heranreichen dürften. Damit ist aber gerade diejenige Kreditquelle in ihrer Leistungsfähigkeit getroffen, die für die Kreditversorgung der Wirtschaft in der Nachkriegszeit eine besonders große Bedeutung erlangt hatte. Der Gesamtbeitrag der inländischen Kreditverbindlichkeiten aller öffentlichen und privaten Kreditnehmer ist für Ende 1913 mit rund 120 Milliarden M. und für Ende 1929 mit rund 85 Milliarden M. zu beziffern. Von diesen 120 Milliarden M. bzw. rund 85 Milliarden M. entfallen auf Langkredite 99,8 bzw. 52,5, auf

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung.

Am 1. August 1931 waren nach einer Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — insgesamt 40 743 landwirtschaftliche Genossenschaften vorhanden. Der Gesamtbestand der landwirtschaftlichen Genossenschaften hat sich mit einer Effektivzunahme von zwei Genossenschaften im Vergleich zum Vormonat nicht wesentlich verändert; nichtsdestoweniger kennzeichnen auch den Juli nicht unerhebliche Bewegungen in verschiedenen Gruppen. Hervorsticht der Abgang von 43 Spar- und Darlehensgenossenschaften, dem lediglich zwei Zugänge gegenüberstehen und der wohl in der Hauptsache auf die freiwillig gewordene allgemeine Lage am Geld- und Kreditmarkt zurückzuführen sein dürfte. In der Gruppe der Bezugs- und Abgabengenossenschaften sind zehn Zugänge und fünfzehn Abgänge zu verzeichnen, von denen fünf auf im Zuge der Rationalisierung durchgeführte Verschmelzungen kommen. Hervorzuheben ist ferner der außerordentlich hohe Zugang von 38 Molkereigenossenschaften, der bei einem einzigen Abgang auch in effizienter Hinsicht äußerst bemerkenswert bleibt. Von den übrigen Gruppen der Abgabengenossenschaften sind die Viehverwertungsgenossenschaften mit drei und die Eierverwertungsgenossenschaften mit drei effektiven Neugründungen weiter in der Zunahme begriffen, während sich die Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften bei zwei Zugängen und drei Abgängen um eine Genossenschaft vermindert haben. In den Gruppen der Winzergenossenschaften und der Maschinenverwertungsgenossenschaften haben sich keine, in allen übrigen Gruppen nur ganz geringfügige Veränderungen gezeigt. Unter den zehn neugegründeten Genossenschaften befinden sich vier Wasserleitungsgenossenschaften.

* **Stidstoffwerke AG., Waldenburg.** Voraussichtlich dürfte in den nächsten Tagen der Konkurs über die Stidstoffwerke Waldenburg AG. verhängt werden. Der Konkursantrag wird von dem Vorstand der Gesellschaft gestellt werden, nachdem die zur Fortführung des Betriebes erforderlichen Mittel nicht mehr aufgebracht werden können. Bekanntlich ist dem bis zum 30. September 1931 vorgeschlagenen Moratorium von den Großgläubigern seinerzeit unter der Voraussetzung zugestimmt worden, daß die internationalen Stidstoffverhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen. Durch das Scheitern dieser Verhandlungen sei die Situation bei der Gesellschaft unhaltbar geworden.

* **Wien- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG.** Im Juli d. J. sind in der großen Lebensversicherung 3300 Anträge über 25 Mill. M. Versicherungssumme eingegangen, in der Spar- und Versorgungsversicherung mit monatlicher Beitragszahlung 7300 Anträge über 9 Mill. M. Versicherungssumme. Der gesamte Zugang des Monats betrug also 34 Mill. M. Versicherungssumme gegen 42 Mill. M. Versicherungssumme im Juli 1930. Der Rückgang, der sich im August fortgesetzt haben dürfte, ist natürlich durch die Krise, insbesondere die Zahlungsperre, bedingt.

* **Federwerke Rothe AG., Bad Kreuznach.** Die Gesellschaft schließt 1930 nach Abschreibungen von 25 000 M. mit einem Reingewinn von 93 813 M., wovon 56 576 M. zur Deckung des Verlustvortrages aus 1929, 2000 M. zur Überweisung an die Reserve und 32 500 M. für eine 6,5 prozentige Dividende auf die 500 000 M. Vorzugsaktien für das Jahr 1929 rückwirkend verwendet und 2848 M. vorgetragen werden. Die 700 000 M. Stammaktien bleiben demnach auch 1930 noch ohne Dividende.

* **Insolvenz eines Koblenzer Bankinstitutes.** Das 1810 gegründete Koblenzer Bankhaus Clemens teilt mit, daß es ab 4. August seine Schalter schließt. Die Schließung erfolgt vorzeitig, da es nicht möglich sein würde, nach Freigabe des Zahlungsverkehrs den Anforderungen zu genügen. Der Status soll nach Angaben der Bankleitung aktiv sein, so daß die Gläubiger größeren Schaden nicht zu gewärtigen hätten.

* **Rüßam, Wachswarenfabrik, Fulda.** Die Generalversammlung der AG. deren Aktienkapital sich zum größten Teil im Besitz der Deutschen Erdöl-AG. befindet, genehmigte den Abschluß für 1930, der einen Verlust von 15 467 M. (im Vorjahr 13 702 M. Verlust) aufweist. Der gesamte Aufsichtsrat, der zurückgetreten war, wurde wiedergewählt. Mitteilungen über die Geschäftsaussichten wurden nicht gemacht.

Das habe ich mit gleich geordnet. Ethelred. Oben Sie legt die geordnete Trompete. Ethelred. Oben Sie legt die geordnete Trompete. Ethelred. Oben Sie legt die geordnete Trompete.